Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag u. Expedition: Halle Gr. Märkerstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 294 | Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 5.50 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.— Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 15.—; monatlich 5.— Mk Bestellgeld extra. | Halle, Mittwoch, den 15. Dezember 1920 | Anzeigenpreis: Im achtgespalt. Anzeigenteil die Zeile das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespalte. en Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. | 4. Jahrgang.

Das sächsische Regierungsprogramm.

Austritt aus der Verständigungskommission — Kommunistisches Kasperle-Theater Die Chemnitzer Stadtverordnetenwahl.

WTB. Dresden, 14. Dez. In der sächsischen Volkskammer entwarf heute der neugewählte Ministerpräsident Buck bei vollbesetztem Hause sein Regierungsprogramm. Er führte u. a. folgendes aus: Eine beinahe zweijährige parlamentarische Tätigkeit im republikanischen Deutschland liegt hinter uns. **Die Regierung hat die Pflicht, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und auszubauen.** Die Reichsverfassung engt den Aufgabenkreis der Länder ein. Dies entbindet uns aber nicht von der Pflicht, zu den großen gesetzgeberischen Maßnahmen des Reiches unsere Auffassung bekanntzugeben und sie in sozialistischem Sinne zu fördern. In innigem Zusammenhang damit steht die Frage des Wiederaufblühens der Industrie und der Großunternehmungen. Der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bringt die Regierung das größte Interesse entgegen. Die bisherigen Bemühungen Sachsens beim Reichsernährungsministerium zur Besserung der Lage Sachsens haben wohl Beachtung gefunden, aber die größten Schwierigkeiten für das sächsische Volk sind immer noch nicht überwunden. **Gegen Wucher und Schleichhandel müssen alle gesetzlichen Mittel angewandt werden.** Gelingt es, unserer Textil-, Metall- und Holzindustrie weitere Aufträge zuzuführen, so wird eine Milderung der Ernährungsschwierigkeiten und der Arbeitslosigkeit eintreten. **Die Bemühungen um Besserung der Arbeitslage werden im Einvernehmen mit den Reichsstellen fortgesetzt. Auch der neue Arbeitsminister wird dieser Angelegenheit die ernsteste Aufmerksamkeit widmen. An die sächsischen Behörden sind Anweisungen ergangen, an die bedürftigen Arbeiterrentenempfänger besondere Winterbeihilfen auszuzahlen.** Obwohl die Friedensbedingungen unser Industrieland am meisten drücken, versuchen wir, jeden Argwohn der Ententemachthaber zu beseitigen, und werden gegen alle unzulässigen Organisationen scharf vorgehen. Die steigende Not proletarisiert immer weitere Kreise. Eine soziale Umschichtung tritt zusehends ein. Alle davon betroffenen Schichten bäumen sich gegen das Schicksal auf, das Weltkrieg und Zusammenbruch heraufbeschworen haben. In den Kreisen der Beamten ist neue Erregung bemerkbar. Der Staat selbst aber befindet sich in den schwersten finanziellen Nöten. Gleiche Grundsätze in der Beamtenpolitik für Reich, Länder und Gemeinden werden am ehesten zu einer Festigung der Verhältnisse beitragen. Die Notwendigkeit, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben in Staat und Gemeinden herzustellen, wird den Ausbau bestehender und die Beschaffung neuer Steuern erfordern. Der Minister schloß mit den Worten: Ich habe am 9. d. Mts. die Wahl zum Ministerpräsidenten angenommen. Meine Mitarbeiter haben sich bereit erklärt, mit mir gemeinsam als die Beauftragten des Landes die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit wird unser Tun und Wollen beeinflussen, das wir im Interesse des gesamten Volkes betätigen werden.

Die Kammer nahm die Ausführungen des Ministerpräsidenten mit lebhaftem Beifall entgegen, und Präsident Fräßdorf vertagte hierauf die Sitzung auf Donnerstag, an welchem Tage in die Besprechung der Regierungserklärung eingetreten werden wird.

Generalstreik in Böhmen.

Prag, 14. Dez. „Narodni Listy“ zufolge fand heute früh in Brüx eine kommunistische Versammlung statt. Nach heftigen Angriffen auf die Regierung forderte ein Redner die Versammlung auf, die öffentlichen Gebäude zu besetzen. Die aufgehetzte Menge begab sich in das Haus der politischen Bezirksverwaltung, das von Militär bewacht war. Als ein Demonstrant einem Soldaten das Gewehr aus der Hand reißen wollte, wurde Befehl zum Feuern gegeben, wobei fünf Demonstranten getötet und 18 verletzt wurden.

*

Ueber Böhmen flutet zurzeit eine Streikwelle, deren Umfang im Augenblick nicht zu übersehen ist, da der Fernsprechverkehr mit der Tschechoslowakei seit gestern unterbunden ist. Eine Lohnbewegung ist in der Tschechoslowakei seit längerer Zeit im Gange. Kommunistische Elemente versuchten diese Bewegung in politisches Fahrwasser hinüberzuleiten. Die politische Temperatur in der Tschechoslowakei, die durch die Chauvinistenhetze in der Sprachenfrage künstlich in die Höhe getrieben wurde, und die Spaltung in der Sozialdemokratie begünstigten die Kommunisten. Sie sahen in der Besetzung des Prager Volkshauses durch die Regierung die gegebene Plattform für die Proklamation des Generalstreiks. Dieser Ruf scheint nicht ohne Erfolg gewesen zu sein. Nach Berichten der linksradikalen Presse stehen Prag, Brünn, Reichenberg, Komotau, Außig und das Kladnoer Kohlenrevier unter dem Zeichen des Generalstreiks, während in Gablonz, Neustadt und in einer Anzahl südböhmischer Städte Teilstreiks ausgebrochen sind. Im Kladnoer Bezirk soll sogar eine Art Rätediktatur herrschen; Revolutionsausschüsse sollen gebildet, die Arbeiterschaft bewaffnet und der Großgrundbesitz beschlagnahmt worden sein.

Wohin die Bewegung zielt, ist aus den Forderungen der Streikenden ohne weiteres zu erkennen. Sie verlangen u. a.: Sofortige Einstellung aller Verfolgungen der kompromißlosen Arbeiterbewegung. Rücktritt der Regierung Cerny. Einführung der Konfiskation und sofortige Durchführung der politischen Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Sofortige Durchführung der Arbeiterkontrolle über die ganze Produktion. Errichtung von Betriebsräten. Wo durch diese Kontrolle Barmittel gefunden wurden, sind die Arbeiter berechtigt, sofort eine wenigstens 30 prozentige Lohnerhöhung mit Rücksicht auf die steigende Teuerung auszuzahlen. Der auf einen halben Monat entfallende Betrag dieser Regelung muß dann zu Weihnachten ausgezahlt werden. Kontrolle der Lebensmittelversorgung durch die Arbeiterschaft, sowie Beschlagnahme aller überzähligen Wohnräume und Lokalitäten für jene, die keine Wohnung haben. Daß diese Forderungen mit einem Auge nach der Rätediktatur schielen, die in Kladno ja bereits in schönster Blüte zu stehen scheint, ist keine Frage, und so ist es denn nur selbstverständlich, wenn die tschechische Sozialdemokratische Partei in ihrem Organ, der „Provo Lidu“ einen Aufruf erläßt, in dem es heißt:

„Es handelt sich heute nicht mehr um ein Arbeiterhaus, um eine Druckerei, sondern um den ersten Ansturm der Kommunisten auf unsere Republik. Heute geht es darum, der ganzen Welt zu zeigen, daß unsere Republik feststeht. Jeder Versuch, sie zu stürzen, muß ein für allemal mit aller Macht im Keime erstickt werden. Bewahrt überall Ruhe, Bürger der Republik usw.“

Auch die Prager Gewerkschaftskommission schüttelt diese Art Gewerkschaftler, die in Wirklichkeit die Arbeit der Reaktion besorgen, von sich ab und bemüht sich, Verhandlungen im Gang zu bringen, die dem Wahnsinn ein Ende machen. In slowakischen Arbeiterkreisen scheint man bereits zur Erkenntnis zu kommen, daß die Streikhetzer alles andere als ihre Interessen verfolgen. So erklärt die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien, daß der Streik in Prag und Brünn im Abflauen begriffen sei und in Pilsen und Mährisch-Ostrow überhaupt keinen Boden gewonnen habe.

Die gekennzeichnete „Verständigungskommission“.

Das Mitglied der „Verständigungskommission“, die die Sozialisierung des Kohlenbergbaues beraten sollte, unser Parteigenosse Steiger Werner, gibt in einem Schreiben bekannt, daß er auf eine weitere Tätigkeit in der Kommission verzichtet. Der Brief lautet wörtlich:

An den
Vorsitzenden des Unterausschusses des Reichswirtschaftsrates zur Beratung der Sozialisierung des Kohlenbergbaues
Herrn Edler v. Braun,
Berlin W., Leipziger Str. 5.

Nachdem ich an den Sitzungen des Vierzehnerausschusses zur Verständigung über die Art und Weise der Sozialisierung des Kohlenbergbaues teilgenommen und nachträglich den Verlauf der Verhandlungen überdenke, komme ich zu dem Entschluß meine Mitgliedschaft in dieser Verständigungskommission niederzulegen. Nach den in der Kommission gemachten Ausführungen halte ich eine Verständigung auf einer Basis, der auch ich zustimmen könnte, für ausgeschlossen. Ich sehe mich daher gezwungen, meine Mitarbeit einzustellen.

Mit größter Hochachtung
gez. G. Werner.

So bedauerlich es ist, daß die Sozialisierungskommission mit dem Ausscheiden des Steigers Werner eine tüchtige Arbeitskraft und die Arbeiterschaft einen hervorragenden Vertreter ihrer Interessen verliert, so kann man doch der Auffassung Werners nur zustimmen. Die Ueberzeugung, die sich von Woche zu Woche mehr in der Arbeiterschaft Bahn bricht, ist die, daß die sogenannte Verständigungskommission in Wirklichkeit eine Verschleppungskommission ist. Die Mitarbeit in einer solchen aber als zwecklose Kraftverschwendung anzusehen, kann einem Arbeitervertreter nicht verdacht werden.

Abreise nach Brüssel.

Berlin, 14. Dez. Die deutsche Delegation für die Zusammenkunft in Brüssel hat heute abend Berlin verlassen. Infolge Behinderung des Herrn von Siemens ist als zweiter Delegierter der Reichsregierung der Präsident des Reichsbankdirektoriums, Exzellenz Havenstein, bezeichnet worden. Als Arbeitnehmervertreter reist Gewerkschaftssekretär Silberschmidt vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund.

Diplomatischer Notenaustausch.

Der Notenaustausch zwischen Deutschland und den Alliierten ist in der letzten Zeit wieder einmal so lebhaft, daß die Presse kaum imstande ist, seinen Ablauf zu registrieren. In der Nacht zum 10. Dezember wurde die Note an General Nollet ausgegeben, ihr folgte am Morgen darauf die Bekanntgabe des Notenwechsels über die Rheinlandreden der Herren Fehrenbach und Simons. Mittlerweile ist auch die Antwortnote der Entente zu ihrem Vorschlag, die außerhalb der Heimat wohnenden Oberschlesier in Köln abstimmen zu lassen, fertiggestellt worden. Die Antwortnote der Alliierten in der Einwohnerwehrfrage ist kaum im Auswärtigen Amte in Berlin eingetroffen und schon gibt die Reichsregierung bekannt, daß sie in der Frage Eupen-Malmedy eine neue umfangreiche Note an den Völkerbund gerichtet habe, mit dem Ersuchen, sie der Bundesversammlung vorzulegen.

Die letzten drei diplomatischen Noten Deutschlands an die Entente haben eine wenig freundliche Aufnahme gefunden. Am ehesten dürfte dort die Note über die oberschlesische Abstimmung befriedigen, weil sie den Weg zu Verhandlungen nicht verbaut. Diese Verhandlungen werden nun allerdings nicht zu dem von der Entente gewünschten Ziele führen, da sich die deutsche Oeffentlichkeit einer Abstimmung in Köln entschieden widersetzt. Indes wird auch ein negatives Ergebnis der Verhandlungen kaum zu einer Verschlechterung der Beziehungen führen, da die Entente das Recht Deutschlands, ihren Vorschlag abzulehnen, von vornherein anerkannt hat.

Auch aus dem Notenwechsel über die Rheinlandreden, so verstimmend er auf beiden Seiten wirken mag, droht keine unmittelbare Gefahr. Die Besatzungsmächte haben für sich das Recht in Anspruch genommen, deutschen Ministern die Reise nach den besetzten Gebieten zu untersagen, wenn sie kein Wohlverhalten im Sinne der militärischen Machthaber an den Tag legen, die deutsche Regierung hat grundsätzlich auf ihrer Handlungsfreiheit in den besetzten Gebieten bestanden, aber die Probe auf das Exempel dürfte nicht sobald gemacht werden.

Ernster liegt dagegen die Sache mit den Einwohnerwehren und den Selbstschutzorganisationen. Im Falle der Selbstschutzorganisationen hat die deutsche Regierung den Standpunkt vertreten, daß dies eine innere Angelegenheit des Reiches sei, die von den getroffenen Abmachungen nicht berührt werde. Das wird von der Entente nicht anerkannt. Im Falle der bayrischen und ostpreußischen Einwohnerwehren erkennt die deutsche Regierung an, daß die Entente deren Auflösung und Entwaffnung zu fordern berechtigt ist, aber sie glaubt Gründe geltend machen zu können, die die Entente veranlassen könnten, auf die Erfüllung ihres Anspruchs zu verzichten. Auch hierin hat sie sich getäuscht.

Die Entente hat in Spa das Recht für sich beansprucht, das Ruhrrevier besetzen zu dürfen, wenn die dort getroffenen Abmachungen nicht eingehalten würden. Dieses Recht wird ihr von Deutschland und von einem Teil ihrer eigenen Bevölkerung bestritten. Würde sie es im Falle der Nichteinhaltung des Kohlenabkommens geltend machen, so hätte sie mit erheblichen Widerständen zu rechnen, da sich dann, zumal wenn triftige Gründe für die Nichteinhaltung vorliegen, die Sympathie der Welt Deutschland zuneigen würde. Viel unangenehmer wäre die Lage, wenn die Entente wegen Nichteinhaltung des Entwaffnungsabkommens mit der Ruhrbesetzung drohen würde, denn in diesem Falle hätte sie ein in sich gespaltenes Deutschland vor sich und die öffentliche Meinung der ganzen Welt hinter sich.

Die deutschen Arbeiter, zumal die Ruhrbergwerkleute, genießen in der ganzen Welt Sympathien. Die Kohlenfrage ist vorwiegend eine Arbeiterfrage, die Besetzung des Ruhrreviers würde in diesem Fall als eine gegen die Arbeiterschaft und gegen den sozialen Fortschritt gerichtete Handlung empfunden werden. **Die bayrischen und ostpreußischen Einwohnerwehren und die Orgesch** genießen dieselben Sympathien nicht, sie gelten als Einrichtungen zum Schutze der Reaktion.

Die Hauptschwierigkeiten der Lösung liegen in Bayern. Hier hat die deutsche Reichsregierung mit dem Widerstand der bayrischen Regierung und der bürgerlichen Parteien zu rechnen, dieser Widerstand trägt die Schuld daran, wenn Deutschland in einen neuen Konflikt verwickelt zu werden und in eine überaus schiefe Lage zu geraten droht. Die bayrischen Einwohnerwehren müssen verschwinden, und es wäre hundertmal besser, wenn man sie nach dem Wunsche jenes großen Teiles des deutschen Volkes aufgelöst hätte, der ihre Auflösung verlangt, und nicht unter dem Druck auswärtiger Mächte. Bayern steht aber jetzt vor der Frage, ob es zur Verfolgung seiner von Millionen des deutschen Volkes mit Mißtrauen beobachteter reaktionären Pläne über das ganze Reich schweres Unheil bringen oder ob es noch einlenken will, solange noch Zeit ist. Bayern hat in Worten seine Reichstreue oft behauptet, jetzt fordert der Zwang einer Lage, die es selbst hervorgerufen hat, ihren Beweis durch die Tat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0001
DFG

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung, Dienstag, den 14. Dezember 1920, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Hermes.

Nach Erledigung einiger unbedeutender Sachen wird die Aussprache über den Etat des Ernährungsministeriums (fünfter Tag) fortgesetzt.

Abg. **Hepp** (D. Vp.) spricht in langen Ausführungen das Vertrauen seiner Fraktion zu der Politik des Reichsernährungsministers aus.

Abg. **Rieseberg** (Dn.): Zur Steigerung der Produktion sollten wir uns besonders das englische Umlageverfahren zum Muster nehmen. Redner wendet sich dann gegen alle Sozialisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft und erklärt, daß nur die Betätigung der eigenen Person und des eigenen Willens das Bestmöglichste aus dem Acker herauszuholen imstande ist.

Abg. Frau **Wurm** (U. S. links): Trotz aller Beschwerden der Landwirtschaft steigen die Preise, fällt die Produktion, verschlechtert sich die allgemeine Lage. Am schlimmsten wurden die Verhältnisse, seitdem Herr Ernährungsminister Hermes, besser gesagt, als Minister für die Landwirtschaft sein Amt versieht. Der wundeste Punkt in unserer Ernährung ist die Kinderversorgung mangelhaft. In Breslau, Mannheim, Karlsruhe, Halle, sind ein Viertel aller Kinder an Knochenleiden erkrankt. Tuberkulose und Rhachitis nehmen ständig zu. Trotzdem ist Herr Hermes äußerst befriedigt. In den Delikatessenläden gibt es Feigen, Datteln und dergl. Leckereien, aber für die Einfuhr von Frischer Trockenmilch ist der Ernährungsminister nicht zu haben.

Abg. Dr. **Böhme** (Dem.) ist mit der heutigen Ernährungspolitik einverstanden und weist darauf hin, daß der Vorwurf, daß Minister Hermes einseitig landwirtschaftliche Interessen vertreten würde, vollkommen unangebracht ist. (Beifall und Widerspruch.) Redner wendet sich dann sehr scharf gegen die Siedlungspolitik des preußischen Landwirtschaftsministeriums und erklärt, daß die nun erlassenen Ausführungsbestimmungen, die Siedlungen nur hindern, statt sie zu bessern. (Sehr richtig und Widerspruch.)

Preußischer Landwirtschaftsminister Braun wendet sich gegen die Angriffe des Vorredners und weist darauf hin, daß der Vorredner von den Schwierigkeiten anscheinend keine Ahnung habe. (Sehr richtig.) Trotz der Ueberlastung des Ministeriums wurden die Ausführungsbestimmungen mit außerordentlicher Schnelligkeit herausgegeben. Die bisher in einem Jahr bereitgestellten 1000 Hektar stellen angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten eine stattliche Summe dar. Die Durchführung des ganzen Programms, das die Besiedelung von zwei bis drei Millionen Hektar vorsieht, beansprucht mindestens 20—30 Jahre, um so mehr, als sie die ganze Struktur unserer Landwirtschaft vollkommen ändert. (Sehr richtig.) Mit Enteignung wurde noch wenig vorgegangen und zwar gerade wegen der stets ablehnenden Haltung der Parteigenossen des Herrn Dr. Böhme. (Hört, hört.) Seine ganzen Behauptungen hat er unbewiesen gelassen, er hat gesprochen wie in einer urteilslosen Parteiversammlung. (Sehr richtig.) Den Ausführungsbestimmungen waren natürlich durch das Gesetz Grenzen gezogen, aber innerhalb dieser Grenzen sind die Bestimmungen genau im Geiste des Gesetzes gehalten. Bei der Abgabe von Domänen dürfen die meist auf lange Jahre laufenden Pachtverträge nicht vergessen werden, die dem im Wege sind. (Sehr wahr.) Ich bitte, doch in Zukunft bei so wichtigen Dingen keine Wahlreden zu halten, sondern nur sachliche Darlegungen der Kritik zugrunde zu legen. (Beifall links.)

Abg. **Bartz** (Kom.): Angesichts des Elends der Massen fragen die Profite auf der anderen Seite ins Ungeheuerliche. Unsere Landwirtschaft beruht gänzlich auf kapitalistischer Grundlage und ist mit allen Schwächen und Fehlern des kapitalistischen Systems belastet. Es ist nicht richtig, daß die Mehrproduktion im Interesse des Volkes liegt, das Volk hat nur daran Interesse, daß davon mehr produziert wird, was die Not des Volkes lindern kann. Der einzige Zweck der landwirtschaftlichen Produktion ist heute die Bereicherung. Eine Besserung wird erst dann eintreten, wenn unter dem System des Sozialismus und des Kommunismus das erzeugt werden wird, wessen das Volk bedarf.

Preußischer Landwirtschaftsminister **Braun** bestreitet energisch, daß er oder seine Beamten die Siedlung verschleppen. Bei der Verteilung der Domänen dürfe auch das fiskalische Interesse nicht ganz vernachlässigt werden.

Abg. **Dorsch** (Dn.) schildert die Siedlungsarbeit in Hessen, wo das Siedlungsgesetz als ein Sprungbrett für die Sozialisierung benutzt werde.

Damit schließt die allgemeine Debatte. Die Anträge und Entschließungen kommen später zur Abstimmung. Weitere Kosten des Haushalts werden ohne wesentliche Aussprache angenommen.

Abg. **Dr. Moses** (U. S.) warnt unter großem Lärm der Rechten und der Mitte vor der Hetze gegen die Entente in Frankreich wegen der Forderung der Milchtübe, die in diesem Umfange nie gestellt worden sei. Diese Hetze hätte uns ungeheuer geschadet.

Abg. **Dr. Wiedel** (Dn.) tritt dem entgegen.

Abg. **Ernst** (U. S.) bemängelt den Posten für die Instandsetzung der Wohnung des Ministers Dr. Hermes.

Abg. **Lebebour** (U. S.) beantragt die Sitzung zu vertagen, da der Minister Dr. Hermes den Saal verlassen hätte. Der Antrag wird gegen die Stimmen aller Sozialdemokraten abgelehnt.

Der Rest des Haushalts wird angenommen.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr: Abstimmung, Kapitalflucht, Interpellation Hergt und Genossen. (Schluß 7 Uhr.)

Preußische Landesversammlung.

Altersgrenzengesetz und Forstverwaltung.

Zum Beginn der Dienstag-Sitzung der Preußischen Landesversammlung berichtigt der Vizepräsident Porsch eine Behauptung des Berliner „Lokal-Anzeigers", daß im Wirtschaftsbetrieb der Landesversammlung Schleichhandelsware, als da sind Mehl, Zucker und ähnliche schöne Dinge, zur üppige Schlemmereien der Abgeordneten verwendet wird. Unter stiller Heiterkeit des Hauses teilt Dr. Porsch mit, daß nur ausländisches Mehl für das allernötigste Nachmittagsgebäck vom Staatskommissar freigegeben wäre. Uebrigens will der „Lokal-Anzeiger" jetzt nicht das Kornickel gewesen sein, sondern berichtigt entrüstet, er habe lediglich in einem Versammlungsbericht die Beschuldigungen der in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten Hotelbesitzer wiedergegeben. Alsdann werden einige kleinere Gesetzentwürfe unter beträchtlicher Teilnahmslosigkeit des Hauses erledigt und für das Altersgrenzengesetz vom Finanzminister Lüdemann und dem Genossen Freymuth noch einige Lanzen gebrochen. Zu den ersten Anträgen, die zu dem Gesetz gestellt waren, reichte die Beschlußfähigkeit des Hauses gerade noch hin; schließlich aber war es bei der namentlichen Abstimmung über einen Zentrumsantrag aus, da sich einige Abgeordnete der Rechten inzwischen verflüchtigt hatten. Eine neue Sitzung mußte angesetzt werden, das Gesetz wird morgen noch einmal auf der Tagesordnung erscheinen und das Haus wandte sich den nächsten Kapiteln des Haushalts zu, wobei nur die Forstverwaltung zu einigen längeren Ausführungen Anlaß bot. Der Landwirtschaftsminister, Genosse Braun, verbreitete sich über die mannigfachen Wünsche der Forstbeamten einerseits und der Waldarbeiter andererseits und versprach, beiden Teilen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Die Befürchtungen einiger Redner, der deutsche Wald könne durch den Raubbau der Kriegsjahre unersetzlichen Schaden erlitten haben, konnte der Minister erfreulicherweise als irrtümlich bezeichnen. Der Waldverwüstung seitens privater Besitzer soll durch ein schleuniges Notgesetz Einhalt geboten werden.

Kommunistisches Kaperle-Theater.

Der „Volksblatt"-Himmel hängt voller Geigen. Unter der Ueberschrift „Der Betrug der Hilferdingeam Pranger" stimmt der Kommunistenschreibling eine wahre Jubelhymne an. Was ist nun Großes geschehen? Däumig, Koenen, Stoecker, Hoffmann und Genossen sind vor dem Landgericht I (Berlin) von der Anklage wegen Einbruchs freigesprochen worden. Die Vorgeschichte dieses welterschütternden Ereignisses ist unseren Lesern bekannt. Däumig u. Co. verklagten ihre ehemaligen Parteigenossen Crispien u. Co. auf Herausgabe des Parteivermögens. Da sie außer der Voraussung ihres Reinfalls auch prinzipiell die „bürgerliche Klassenjustiz und ihre Urteilssprüche" nicht als rechtskräftig anerkennen, so suchten sie sich durch „Selbstschutz" ihr Recht selbst zu holen und rückten eines Nachts mit einer Schar ihrer Anhänger an, um die Räume auszuräumen. Das glückte nun ebensowenig wie die Klage. Die Folge war, daß Crispien den Spieß umkehrte und Däumig des Diebstahls beschuldigte.

Das Berliner Gericht kam nun zu einem wahrhaft salomonischen Urteil. Die Behauptung der Antragsteller, daß die neukommunistischen Antraggegner aufgehört hätten, Mitglieder des Zentralkomitees der U. S. P. zu sein, weil am 17. Oktober 1920 in der Versammlung der U. S. P. im Zoologischen Garten in Halle ein neuer Parteivorstand gewählt worden sei, wird in dem Gerichtsbeschluß als unrichtig bezeichnet. „Die Versammlung des rechten Flügels der U. S. P. nach der Spaltung in Halle", so heißt es in dem Gerichtsbeschluß, „kann als eine gültige Fortsetzung des Parteitages nicht anerkannt werden, und zwar um so weniger, als nach den eigenen Behauptungen der Antragsteller ein gültiger Parteitag wegen nicht ordnungsmäßiger Wahl der Delegierten in Halle überhaupt nicht stattgefunden hat". Demgemäß kommt das Gericht zu dem Beschluß, daß Däumig, Koenen und Genossen am 16. wie am 18. Oktober, wo sie den „Einbruch" begangen haben sollten, Mitglieder des noch bestehenden Parteivorstandes der U. S. P. waren und ihre Handlungsweise daher als Störung des Besitzes der Antragsteller nicht angesehen werden kann. Nach diesem Gerichtsentscheid liegt nun die Sache so, daß weiterhin einer den andern nur mit dessen Einwilligung verklagen kann. Denn die beiden neu in Halle gewählten Parteivorstände, der im „Volkspark" und der im „Zoologischen Garten", sind nicht vorschriftsmäßig zustande gekommen. Für das Gericht existiert nur noch der alte Parteivorstand, in dem beide Richtungen zusammengekettet sind.

Das „Volksblatt" knüpft an diese Tatsache vergnügt die verzwicktesten juristischen Auseinandersetzungen, aus dem jeder einigermaßen sozialistisch gebildete Arbeiter eigentlich erkennen mußte, daß für die „Volksblatt"-Strategen der Klassenkampf der Arbeiter aus der Perspektive juristischer Schnüffelei beurteilt und geführt wird und nicht nach historischer und wirtschaftlicher Erkenntnis. Und wenn der Arbeiter erst das erkannt hat, dann geht ihm auch ein Licht auf, woher die ganze blödsinnige Handlungsweise der Kommunisten im politischen Kampfe herstammt.

Stadtverordnetenwahl in Chemnitz.

Am vergangenen Sonntag fanden in Chemnitz Stadtverordnetenwahlen statt. — Wer hätte sich in früheren Jahren groß für solche in anderen Städten interessiert. Heutzutage ist das anders. Man sucht aus all den Resultaten den Entwicklungsgang des zukünftigen Geschehens zu erkennen. Besonders interessieren darum alle Wahlen in Sachsen. Das ist das Land in Deutschland, das man als das Barometer unseres politischen Lebens ansehen kann. Vor vier Wochen, am 14. November, erst haben Landtagswahlen stattgefunden und schon machen sich wieder bedeutende Verschiebungen unter den Abstimmungsergebnissen bemerkbar. Es hatten Stimmen erhalten:

	bei der Stadtverordnetenwahl am 12. Dezember	bei der Landtagswahl am 14 Nov.
Liste der Demokraten	6592 Stimmen	5486 Stimmen
Liste der Deutsch. Volksp.	26278 „	24503 „
Liste der Deutschen Volksp.	19758 „	28927 „
Liste der Sozialdemokraten	49760 „	50762 „
Liste der Kommunisten	17352 „	17351 „
Liste der Unabhängigen	1256 „	1921 „
	123156 Stimmen	126678 Stimmen

Es erhalten demnach Sitze: Demokraten 3, Deutschnationale Volkspartei 14, Deutsche Volkspartei 10, Sozialdemokraten 25, Kommunisten 8 = 60 Sitze.

Somit stehen 27 bürgerlichen Sitzen 33 sozialistische gegenüber. (Bisher hatten die Bürgerlichen 23 Sitze, die gemeinsame Linke 37 Sitze.)

Die Wahlbeteiligung betrug 63 Proz. gegen 68,16 Proz. bei der Landtagswahl; sie war also reichlich 5 Proz. geringer.

Am auffälligsten sind die Verschiebungen im bürgerlichen Lager. Da ist vor allem die glorreiche Wiederaufbau-Partei, die Deutsche Volkspartei. Hatte sie am 14. November in ganz Sachsen schon über 70 000 Stimmen gegen die Reichstagswahl am 6. Juni verloren, so hat die Chemnitzer Stadtverordnetenwahl den weiteren Auflösungsprozeß dieser Sumpfpflanze bestätigt. Ein Drittel ihrer Stimmenzahl hat diese Partei der großen Worte eingebüßt. Ein größerer Teil hat sich zu den Deutschnationalen geschlagen, ein kleinerer ist zu den Demokraten zurückgekehrt, die meisten haben sich an jenes Wort Götz von Berlichingens erinnert, daß gerade keine besonders angenehme Einladung vorstellt.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848.

Von Wilhelm Blos.

(28. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Erich der Neunundneunzigste war seiner Sinne kaum mehr mächtig in dem furchtbaren Trubel.

„Meinetwegen auch noch Mylius!" stammelte er, sich in sein Schicksal ergebend.

Thiel aber rief in die Masse hinein:

„Dr. Mylius ist zum Minister ernannt!"

Ein ungeheurer Jubel brach aus, denn Dr. Mylius war ein volksbeliebter und freisinniger Advokat.

Ein Hoch nach dem andern wurde auf den Märzminister ausgebracht.

Die guten Bürger hatten nun ihre Freiheit erkämpft und waren dem Fürsten, der ihnen so viel gewährt, dankbar. Auch ihn ließen sie hochleben, bis sie heiser wurden.

Thiel, der hier eigentlich gebot, hieß den Fürsten sich nach dem Schlosse begeben, von dessen Balkon aus der auf dem Schloßplatze versammelten ungeheuren Menschenmasse die Märzerrungenschaften mitgeteilt werden sollten. Die Masse machte dem Fürsten, in dessen Schloß sie vor kurzem feindselig eingedrungen war, ehrerbietig Platz. Die Soldaten hatten sich unter das Volk gemischt und waren auch wegen der Vergiftung beruhigt, nachdem ein Arzt das verhängnisvolle Bier untersucht hatte. Der Kommandant war an das Bochenbett seiner Frau geeilt.

Als der Fürst den Balkon betrat, hörte er über seinem Haupte etwas rauschen; er sah empor und bemerkte, daß es die schwarz-rot-goldene Fahne war. Heftig zuckte er zusammen, doch er bezwang sich.

Die Menge empfing den Fürsten erst mit tiefem Schweigen. Dann aber verlas Thiel mit weittönender Stimme die Zugeständnisse, und da wollte das Hochrufen und das Hüte- und Tücherschwenken kein Ende nehmen.

Thiel aber erhielt ein Schreiben des neuen Ministers mit der Aufforderung, ungesäumt das Regierungsgebäude zu kommen. Dort fand er den Märzminister bereits vor, der ihn zum Ministerialsekretär ernannte und das Anstellungsdekret auf der Stelle ausfertigen ließ. Es gab gleich sehr viel zu tun, denn die ganze Staatsmaschinerie mußte neu geölt und geschmiert werden, und der neue Herr Ministerialsekretär mußte eine Menge von Dekreten ausfertigen. Unter diesen befand sich auch eins, das den Ministerialsekretär Katzenmayer ablegte. Thiel wußte dieses gerade um die Zeit in das Haus des Herrn Hoflieferanten Binder zu senden, wo Katzenmayer sich dort befand.

Gegen abend erst konnte Thiel wieder über sich verfügen und schritt durch die Stadt, auf die sich schon die Dämmerung mit nebeligen Schwingen herabgesenkt hatte. Aber es war alles hell erleuchtet; die Wirtshäuser waren gedrängt voll und man gab sich einer ausgelassenen Freude hin. Das deutsche Bürgertum durchmaßte die Feierwochen seiner Freiheit, die auf immer errungen schien, denn sie zu befestigen dünkte niemanden schwer. Ueberall erschollen Freiheitslieder, und Thiel vernahm ganz deutlich, wie man ihn, den mutigen und entschlossenen Führer des Volkes, in Trinksprüchen feierte und hochleben ließ. Aber es zog ihn nicht zu den lärmenden Siegesfesten; ihn drängte es, zu der Geliebten zu gehen. Nur war er noch nicht mit sich einig, ob er direkt in das Binderſche Haus gehen oder eine Anknüpfung voraussehen lassen sollte.

So kam er sinnend in die Gegend, wo die Binderſche Villa stand; hier war es einsam und sein Schritt hallte durch die Straße. Da ward ein Fenster zugeschlagen, an dem ein Mädchen voll Sehnsucht gelauscht hatte; Louise hatte den Schritt des Geliebten erkannt und stürzte nun aus der Haustür mit dem Rufe: „Mein Heinrich!" auf Thiel zu, umarmte und küßte ihn und rief ein über das andere Mal:

„Ach, wie glücklich bin ich! Ich habe dich wieder! Ich habe dich wieder!"

Und sie erzählte in fliegender Hast, daß Katzenmayer um sie angehalten, daß sie sich aber Bedenkzeit ausgebeten. Nun habe eben Katzenmayer sein Entlassungsdekret erhalten.

„Komme nur mit hinauf!" sagte sie, ihn in das Haus hineinziehend.

„Und die Mutter?"

„Mit der will ich fertig werden!"

„Also siegt die Revolution auch im Hause Binder," sagte Thiel lachend, und er gingen Arm in Arm die Treppe hinauf, wo gerade der so unsanft aus seinen Luftschlössern hinausgeworfene Katzenmayer der Frau Hofbandagistin sein Leid klagte.

Sie schien nicht viel Trost für ihn zu haben, denn sie sagte eben ziemlich bezüglich:

„I du mein Gott, für's Gewesene gibt der Jude nichts."

Als sie Thiel mit ihrer Tochter hereinkommen sah, zuckte sie zusammen, beherrschte sich aber und tat, als ob gar nichts vorgefallen wäre.

„Schön, daß Sie kommen," sagte sie zu Thiel, „was bringen Sie Gutes?"

„Ich wollte Ihnen dazu gratulieren, daß ich Ministerialsekretär geworden bin," sagte Thiel.

„Sie schäkern doch immer," sagte Frau Binder. „Aber ich freue mich, daß Ihre Talente endlich Anerkennung gefunden haben."

Thiel hielt es für das beste, mit der Hofbandagistin auf gutem Fuße zu bleiben und das Vergangene nicht aufzurühren. Er küßte ihr galant die Hand.

Katzenmayer fühlte sich im durchbohrenden Gefühl seiner Geringfügigkeit die Höhe hinabkollern, welche Thiel emporgestiegen war.

Er trat auf Thiel zu und sagte: „Ich gratuliere herzlich."

„Sehr verbunden!" erwiderte Thiel.

„Darf ich vielleicht hoffen, daß unter der neuen Regierung auch mir eine entsprechende Beschäftigung zuteil wird, und kann ich auf Ihre gütige Fürsprache rechnen? Ich möchte so gerne meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen."

„O, Ihre Verdienste sind anerkannt," erwiderte Thiel, „man vergißt nicht, daß Sie so eifrig bemüht waren, die „Ordnung" wieder herzustellen, und daß Sie sich schon auf die blauen Bohnen freuten, die dem Volke zugedacht waren. Der Lohn für Ihre Taten kann nicht ausbleiben."

Katzenmayer schleuderte dem neuen Ministerialsekretär einen wütenden Blick zu und stürzte hinaus.

Gleich darauf kam der Herr Hofbandagist herein, der von den vorgegangenen Veränderungen in den Ministerialämtern nur ungenügend unterrichtet war. Als er Thiel sah, gedachte er der Weisungen, die ihm seine gestrenge Hausobrigkeit gegeben, und fiel ihm mit dem Grimm eines losgelassenen Kettenhundes an.

„Drängen Sie sich schon wieder ein, Sie unverschämter Mensch? Machen Sie, daß Sie hinauskommen!"

„Schweige, Schafskopf," sagte Frau Binder drohend. „Du bleibst dein Leben lang ein Tapps." Und zu Thiel gewandt, fuhr sie fort:

„Man muß ihm solche Dinge zugute halten; er hat keinen übermäßig scharfen Verstand."

Thiel mußte laut auflachen; Frau Binder aber wendete sich wieder zu ihrem Mann und sagte majestätisch:

„Wir sind nämlich Ministerialsekretär geworden!"

„Ah," sagte der Hofbandagist, sich tief verbeugend, „ich bitte tausendmal um Entschuldigung. Ihr ergebenster Diener, Herr Sekretär!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0002

Besonders tapfer haben sich unsere Parteigenossen gehalten. Trotzdem die Wahlbeteiligung um 5 Prozent geringer war, haben sie nur 2 Prozent ihrer Stimmenzahl vom 14. November eingebüßt. Wenn die Zahl unserer Wähler also auch absolut geringer geworden ist, relativ zur Gesamtzahl aller Stimmen ist der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen um ein weniges gestiegen. Daß auch die Kommunisten einen kleinen Erfolg aufzuweisen haben, ist wohl nur eine Wahlzufälligkeit. Dafür sind die Unabhängigen vollständig bedeutungslos geworden. Interessant ist die Verteilung der Frauenstimmen auf die einzelnen Parteien. Es haben abgestimmt:

	männlich	weiblich	insges. Stimmen
Demokraten	3 584	3 008	6 592
Deutschnational	12 463	15 815	28 278
Volkspartei	9 535	10 223	19 758
Sozialdemokraten	24 681	25 039	49 720
Kommunisten	9 760	7 792	17 552
Unabhängige	771	485	1 256
	60 794	62 362	123 156

Wahlberechtigt waren insgesamt 192 029 Personen, und zwar 104 447 weibliche und 87 582 männliche. Es haben demnach 26 788 Männer und 42 085 Frauen noch immer von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht! Die Partei der Nichtwähler zählt somit 68 873 Mitglieder!

Der Streik der Hoteliers.

Für jeden Menschen, der auch nur eine ganz kleine Ahnung von der Schwierigkeit unserer Ernährungslage hat, muß feststehen, daß selbst die schärfsten Maßnahmen gegen den Schleichhandel kaum die Möglichkeit schaffen, die Bevölkerung über das kommende Frühjahr hinaus mit den bisher gewohnten Rationen zu versorgen. Man wird daher jedes Vorgehen gegen jene gewissenlose Gesellschaft, die sich aus der Not des Volkes kein Gewissen macht und fortgesetzt neue Mengen Lebensmittel der Allgemeinheit entzieht, um sie wenigen Auserwählten zu ungeheuren Preisen zu liefern, begrüßen. Man wird höchstens bedauern, daß die Staatsgewalt erst jetzt, im Augenblick der höchsten Not, zu den äußersten Mitteln greift. So ist es dazu gekommen, daß in Berlin gegen eine Reihe großer Hotels wegen ihres Schleichhandels und besonders wegen des mit der Schleichhandelsware betriebenen Wuchers eingeschritten wird. Als Antwort darauf haben die Hotelbesitzer beschlossen, in dieser Woche jede Verpflegung ihrer Gäste einzustellen. Man will dadurch die Staatsanwaltschaft zwingen, ihr Vorgehen einzustellen, um dadurch den in Berlin weilenden Fremden, soweit sie das Geld dazu haben, ein außerordentlich genußreiches Leben zu verschaffen. Mit Ausnahme der sozialistischen Presse sind alle anderen Blätter auf seiten der „bedrängten" Hotelbesitzer. Besonders hervorragend beteiligt sich an diesem Kampf für Schleichhandel und Wucher der „demokratische" Ullsteinverlag. Es ist geradezu himmelschreiend, in welcher Weise diese Blätter die Folgen dieses Streiks der Hoteliers an die Wand malen.

Aber der Kampf gegen den Schleichhandel muß energisch weitergeführt werden.

Allerdings darf die Staatsanwaltschaft sich dabei nicht allein auf die großen Hotels beschränken. Wenn der Kampf Erfolg haben soll, vor allen Dingen wenn er dazu beitragen soll, die Ernährungsschwierigkeiten auch nur ein wenig zu beheben, dann muß rücksichtslos überall durchgegriffen werden. Vor allen Dingen ist auch das Augenmerk auf jene Leute zu richten, die erst die Möglichkeit schaffen, daß große Mengen Lebensmittel der öffentlichen Bewirtschaftung entzogen werden. Es ist grundverkehrt, diesen Kampf der Staatsanwaltschaft in Berlin als einen Kampf gegen die Hotels oder gegen das Publikum als solches zu betrachten. Es ist der Kampf um die Sicherung der Existenzmöglichkeiten für weiteste Volksschichten und muß als solcher rücksichtslos durchgeführt werden, wenn nicht schon nach den Wintermonaten der Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft vollständig und das ganze Volk dem schlimmsten Hunger ausgesetzt sein wird.

Es reißt nicht ab.

Unseren Lesern ist gewiß noch das bekannte Berichtigungsschreiben der mit der Orgesch in so enger Personalbeziehung stehenden Landbünde, Kreisbauernvereine und anderen Körperschaften, darunter dem „Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegium", im Bewußtsein. Vom letztgenannten „Landwirtschaftlichen Verein" erhalten wir folgende

Berichtigung.

In Nr. 283 der „Volksstimme" vom 2. Dezember 1920 hatten eine Berichtigung des Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums aufgenommen und dieselbe mit folgendem Zusatz versehen:

„Besonders schön macht sich dieses letztere Berichtigungsschreiben des Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums, das wegen seines unrechtmäßigen Bestehens aufgelöst werden soll, ein Kollegium, das weiter nichts als eine Sinekure für den feudalen Grundbesitz ist und dauernd gegen unsere Genossen in der Regierung arbeitet."

Es ist unzutreffend, daß das Preußische Landes-Oekonomie-Kollegium wegen seines unrechtmäßigen Bestehens aufgelöst werden kann, da es auf gesetzlicher Grundlage beruht. Es ist auch unzutreffend, daß das Kollegium weiter nichts als eine Sineiure für den feudalen Grundbesitz ist, da die Mitglieder des Kollegiums gemäß § 2 der Satzungen vom 13. November 1898 ihr Amt als Ehrenamt ausüben. Es ist schließlich unzutreffend, daß das Kollegium dauernd gegen „unsere Genossen in der Regierung" arbeitet.

*

An unserer Auffassung und an der unserer Leser ändert natürlich diese „Berichtigung" auch nicht das geringste. Um das zu bewirken, sind nicht Zeitungsberichtigungen notwendig, sondern dazu ist nötig, daß jene Körperschaft ihre Auffassung von ihrer praktischen Tätigkeit berichtigt.

Die Kommunistenrüpeleien in Hamburg.

Am Ende der vorigen Woche wurden in Hamburg der unabhängige Reichstagsabgeordnete Dittmann und der Vorsitzende der Hamburger Rechtsunabhängigen Bergmann von Kommunisten mißhandelt. Wie unser Bruderblatt, das „Hamburger Echo", jetzt feststellt, ist die Parole zu diesem traurigen Akt von der Kommunistischen Partei offiziell ausgegeben worden! Ein Aktionsausschuß der K.P.D. hatte vorher zu der Dittmann-Versammlung Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, diese Versammlung eventuell mit Tätlichkeiten zu sprengen. Die kommunistische „Volkszeitung" bringt denn auch heute ihre Freude über diesen gelungenen Streich unverhohlen zum Ausdruck. Wie sagte doch Klara Zetkin: Kommunist sein heißt ein besserer Mensch sein!

Internationaler Bergarbeiterausschuß.

Brüssel, 14. Dez. Der internationale Bergarbeiterausschuß hat seine Arbeiten beendet. Er verfaßte eine Protesterklärung gegen das in Ungarn errichtete Regime, wo Offiziere den Arbeitern gewaltsam den zehnstündigen Arbeitstag aufzwängen. Da die deutsche Abordnung noch nicht gekommen ist, beschloß der Ausschuß, die übrigen Fragen zu vertagen und am 24. Januar nächsten Jahres in London eine neue Versammlung abzuhalten.

Deutschnationale Extrafahrt.

Aus einer kleinen Anfrage, die an die Reichsregierung gerichtet worden ist, geht hervor, daß am 15. November zur Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Schwedt a. O. ein Extrazug von Schwedt nach Angermünde abends um 11½ Uhr eingelegt wurde, damit die deutschnationalen Bewunderer des Abg. Gräve, der auf dieser Tagung redete, nach dem Genuß seiner Sprüche noch gesund das heimatliche Bett aufsuchen konnten. Die Wagen des Zuges wurden am nächsten Morgen um 7 Uhr wieder in Schwedt gebraucht und mußten daher noch in der Nacht leer dorthin zurückgefahren werden.

Alle Welt stöhnt darüber, daß unsere Eisenbahnen die notwendigsten Züge nicht fahren lassen können, weil es ihnen an Kohle fehlt. Dabei findet aber offenbar niemand etwas, wenn die Kohlen hinausgeschmissen werden, damit die Deutschnationalen ihre politischen Versammlungen bequemer besuchen können. Man muß es zugeben: die Uebernahme der Regierungsgewalt im Reich durch die Deutsche Volkspartei ist den Verkehrsbedürfnissen der Deutschnationalen Partei einigermaßen förderlich geworden — allerdings auf Kosten derer, die die verschleuderten Kohlen bezahlen müssen und die wohl weniger in den Reihen der Deutschnationalen Partei zu suchen sind.

Die russischen Konzessionen.

Zum erstenmal seit dem Bestand der Sowjetherrschaft wird in der russischen Presse über eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung eine erregte Debatte geführt, die zu unterbinden auch die bolschewistische Zensur nicht stark genug ist. Es handelt sich dabei um die unseren Lesern bekannte Erteilung von Konzessionen an ausländische Staats- und Kommunalbetriebe, Privatunternehmungen, Aktiengesellschaften, Konsumgenossenschaften und Arbeiterorganisationen zwecks Ausbeutung und Verarbeitung der russischen Bodenschätze.

Wenn sich in russisch-bolschewistischen Kreisen eine erregte Opposition gegen dieses Dekret bemerkbar macht, so begreift man das am Ende. So teilt die „Krasnaja Gaseta" mit, daß Lenin kürzlich in einer Versammlung 65 Anfragen erhalten habe, wie es möglich sei, daß die Kapitalisten wieder in das Land hereingelassen würden. Welche Antwort der Sowjet-Diktator den neugierigen Fragern erteilt hat, ist nicht bekannt. Dagegen bemüht sich die offiziöse Presse, diese glatte Kapitulation vor dem Kapitalismus zu rechtfertigen. Die Moskauer „Iswestija" betonen die Vorteile der Konzessionen und erklären es für unmöglich, auf den Verkehr mit den anderen Ländern zu verzichten. In Anbetracht des Mangels an Gold und Waren in Rußland gebe es keinen anderen Weg, Rohstoffe ins Ausland auszuführen und Fertigwaren dafür zu erhalten, als durch das Mittel der Konzessionen. Auch die Petersburger „Prawda" kommt in längeren Erörterungen zu dem melancholischen Ergebnis, daß es einen anderen Ausweg nicht gibt.

Ueber den Staatsbankerott.

Die Geschichte ist zwar nach sozialistischer Auffassung eine ständige Weiterentwicklung auf der jeweiligen ökonomischen Grundlage, wo aber in den verschiedenen Geschichtsepochen diese wirtschaftliche Grundlage ähnliche Formen zeigt, da findet sich auch in den politischen Gestaltungen eine mitunter überraschende Uebereinstimmung. Im Müller-Verlag München hat E. Borchardt soeben ein Buch „Mirabeau" herausgegeben, in dem wir die Reden, die der große Staatsmann in den Tagen des Juni bis Oktober 1789 hielt, lesen. Seine Ausführungen beschäftigen sich in erster Linie mit der trostlosen Gestaltung der Staatsfinanzen, die auf einen Bankerott zusteuern. Es war im Parlament ein Antrag eingebracht worden, der verlangte, daß alle Bürger zur Tragung der Steuern herangezogen und alle Güter unterschiedlos belastet würden. Hiergegen findet Mirabeau die folgenden auch für unsere Zeit nur zu berechtigten Einwendungen: „Die Steuern können nicht gleichmäßig von allen Bürgern getragen werden, denn nicht alle Bürger besitzen dieselben Mittel, dieselben Fähigkeiten, und sind infolgedessen nicht verpflichtet, gleich den anderen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sache beizutragen. Alles, was man verlangen kann, ist, daß sie ihre Leistungsfähigkeit entsprechend besteuert werden. Dann gibt es noch jene besitzlose Bürgerklasse, die nur ein Existenzminimum hat und infolgedessen völlig steuerfrei sein muß."

In jenen Tagen schwillt — ganz wie bei uns — die Notenflut in ungeheurer Weise an und die Schulden drohen den Staat zu verschlingen. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. Oktober 1789 prägt Mirabeau das Wort: „In jeder Beziehung tostet jedes Papiergeld das Vertrauen und die nationale Freiheit an; es ist die umlaufende Pest . . . ."

Zur Beseitigung der Steuerpflicht, die man also auch schon damals kannte und zur Verhütung des Staatsbankerottes schlägt Mirabeau folgendes Mittel vor:

„Ich werde zu jenen sagen, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, den öffentlichen Verpflichtungen nicht nachzukommen aus Furcht vor übertriebenen Opfern, aus Furcht vor ungeheuern Steuern: Ist der Bankerott nicht die grausamste, ungerechtigste und ungleichmäßigste aller Steuern? . . . . Meine Freunde, hören Sie ein Wort, ein einziges Wort! Zwei Jahrhunderte Unterschlagungen und Räubereien haben den Abgrund vertieft, der das Königreich verschlingen wird. Dieser Abgrund muß ausgefüllt werden. Hier ist die Liste der französischen Besitzer. Wählen Sie unter den Reichsten, um weniger Bürger zu opfern, aber wählen Sie! denn muß nicht eine kleine Anzahl vernichtet werden, um die Volksmassen zu retten?"

Mirabeaus Hoffnung auf eine Gesundung der Staatsbilanzen erfüllte sich nicht. Die Verschuldung nahm einen immer größeren Umfang an. Die französische Revolution, deren Charakter als Revolution nach den blutigen Unruhen in Paris und Versailles namentlich von Mirabeau geleugnet wurde, nahm schnell einen Verlauf, der zur Schreckensherrschaft führte, bis der Diktator Napoleon der Freiheitsbewegung des dritten Standes ein blutiges Ende bereitet.

Notizen.

Keine Verschiebung der Landtagswahl. Der Blättermeldung über eine beabsichtigte Verschiebung der Preußenwahlen tritt eine Mitteilung von zuverlässiger Stelle im „Vorwärts" entgegen. Darnach werde eine Verlegung der am 20. Februar festgesetzten Wahln nur dann erwogen werden, wenn sie notwendig wäre, um den an der Abstimmung in Oberschlesien beteiligten Heimatstreuen die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen.

Der Reichstag in Lebensmittelnot. Da auch der Küchenbetrieb des Reichstags-Restaurants von der Hotel-Betriebs-Gesellschaft geschlossen wurde, ersuchte gestern die Reichstagsleitung die Gesellschaft, während der Tagung den Wirtschaftsbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Gesellschaft erklärte sich bereit, Speisen herzustellen, aber lediglich mit rationierten Lebensmitteln.

Der Parteitag der preußischen Zentrumspartei wurde am Montag geschlossen, nachdem mehrere Entschließungen einstimmig zur Annahme gelangten.

Wucher in der Landwirtschaft. Zu dieser Erscheinung unserer Zeit wird dem „Vorwärts" mitgeteilt, daß Graf von der Schulenburg in Beetzendorf für einen Morgen Kartoffelland, gedüngt und gepflügt, 1200 Mark Pacht verlangt und genügend Leute findet, die diesen Riesenpreis zahlen. Die Pachteinigungsämter haben offenbar hiergegen keine Einwendungen zu machen. Nur wenn die Arbeiter ihr Existenzminimum fordern, erhebt sich Einspruch. In einer kaum zu überbietenden Weise macht sich das Unheilvolle des Bodenmonopols bemerkbar, das vor der rücksichtslosesten Ausbeutung der besitzlosen Massen auch nicht im geringsten zurückschreckt.

Neuer Landrat. Der Gutsbesitzer Becker-Bartmannshagen ist als Nachfolger von Hans Leuß zum Landrat (Drost) des Kreises Stargard mit 4000 Stimmen gegen 3500 Stimmen der Rechten gewählt worden.

2200 Menschen obdachlos. Nach einer Mitteilung des „Petit Journal" aus London sind durch den Brand in Cork 2200 Personen obdachlos geworden.

Heimkehr nach Griechenland. Nach einem Aufenthalt von 26 Monaten in Luzern ist heute nachmittag der König von Griechenland samt seiner Familie und seiner weiteren Umgebung mit dem Sankt Gotthard-Zuge abgereist.

Parteinachrichten.

Massenübertritte aus der U. S. P.

Der Vorwärts berichtet in seiner Sonntagsnummer: Wiederholt haben wir berichten können, daß nicht nur führende Persönlichkeiten, sondern auch ganze Ortsgruppen der U. S. P. (rechts) den Weg wieder zu uns zurückgefunden haben. Nunmehr kommt aus Frankfurt a. M. eine Meldung, die in besonders hohem Maße erfreulich ist. Sie besagt, daß während der Roten Woche im Bezirk Hessen-Nassau 17 Ortgruppen der U. S. P. (rechts) geschlossen zur alten Partei übergetreten sind. Es zeigt sich, daß unseren Ideen noch die alte Werbekraft innewohnt, daß keine Verleumdungen vermocht haben, sie zu brechen. Große Teile der Arbeiterschaft erkennen, daß sie irregeführt worden sind. An unseren Genossen im ganzen Reiche, in Stadt und Land, ist es, nicht zu erlahmen in der Werbearbeit für die Partei, immer aufs neue unsere Ideen zu propagieren, immer wieder zu zeigen, wie verderblich die Politik der links von uns stehenden Parteigebilde ist. Wenn jeder in diesem Sinne seine Pflicht erfüllt, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, in der die Einigung des Proletariats und damit sein Sieg gesichert ist.

Gewerkschaftliches.

Werkmeisterverband und AfA-Bund.

Durch die dem kapitalistischen Unternehmertum nahestehende Tagespresse geht ein Artikel unter der Ueberschrift: „Der Zerfall der sozialistischen Angestelltenbewegung", in dem allerlei ungereimtes Zeug über innere Schwierigkeiten des AfA-Bundes berichtet wird. In Wirklichkeit handelt es sich lediglich um Bestrebungen einzelner Personen im Deutschen Werkmeisterverband, die dahin gehen, diese Organisation von ihrem freigewerkschaftlichen Standpunkt abzulenken und in das Lager der Hirsch-Dunckerschen Bewegung hinüberzudrängen. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Werkmeisterverbandes steht allen derartigen Versuchen eines Richtungswechsels durchaus ablehnend gegenüber und die Unternehmerblätter dürften sich zu früh gefreut haben. Ueber die tatsächlichen Vorgänge im Werkmeisterverband sind seitens des AfA-Vorstandes die entsprechenden Aufklärungsmaßnahmen zur Richtigstellung der falschen Gerüchte in die Wege geleitet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Requisition von Brotgetreide.

Berlin, 15. Dezembr. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, hat die preußische Regierung einen Erlaß herausgegeben, durch den die Provinzialbehörden aufgefordert werden, mit größter Entschiedenheit die Ablieferung von Brotgetreide zur Durchführung zu bringen. Die Regierung sieht Requisitionen auf dem flachen Lande in großem Umfange vor und zwar zunächst in jenen Kreisen und Bezirken, die mit der Ablieferung von Brotgetreide am stärksten zurückgeblieben sind.

Schluß des demokratischen Parteitages.

WTB. Nürnberg, 14. Dez. Der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei wurde heute geschlossen. Es gelangte zum Schluß der Tagung eine Entschließung zur Annahme, in der der Parteitag den Oberschlesiern innerhalb und außerhalb des Abstimmungsgebietes treudeutschen Gruß entbietet und der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß kein Stimmberechtigter im Reiche trotz aller Schwierigkeiten sich seiner Pflicht entziehen, und daß so Oberschlesien dem Reiche erhalten bleiben werde.

Erneute Verhaftung der sächsischen Getreideschieber.

Dresden, 14. Nov. Wie den „Dresdener Nachrichten" von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind der Geschäftsführer der Wareneinfuhrgesellschaft Böttcher & Co., der daran beteiligte Kaufmann Faßler und der Kaufmann Paul Hiltebrandt, erneut verhaftet worden.

Hofrat Rosenthal, einer der Hauptbeschuldigten in der großen Getreideschiebung, ist am Montag im Auto entflohen. Es ist ein Haftbefehl hinter ihm erlassen und sein Vermögen beschlagnahmt worden.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; für „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig, sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0003

Gustav Uhlig, unt. Leipziger Str. Beste Bezugsquelle gr. Auswahl in **Musik-Instrumenten** sow. rein abgestimmte Mundharmonikas jeder Art zu äuss. Preisen.

Herrenhüte

besonders günstiges Weihnachtsangebot

Weiche Wollhüte 50- bis 115-
Weiche Haarhüte 120- 140 160-
Velourette 78- 98-
Velour 115- 125- 150-
Edel-Velour . 190- 225- 250-
Steifhüte . . 85- 96- 110- 135-
Mützen von 10.— an bis zum Feinsten.

Magazin zum Pfau

Kleinschmieden 6 Ecke Gr. Steinstr
dicht am Markt. — gegr. 1883 — Fernruf 3467

Naumann-, Pfaff- und Phönix-Nähmaschinen
Alleinverkauf bei
H. Schöning,
Gr. Steinstraße 69.
Gegr. 1887. Fernruf 2027.

Die vorsichtige Hausfrau

kauft keine wertlosen Waschmittel mehr, sie wäscht ihre kostbare Wäsche mit

„Roland-Waschengel-Seifenpulver"

Der Erfolg ist überraschend.

Man weise fettlose Waschmittel zurück, weil wertlos und die Wäsche angreift.
Zu haben in allen besseren Geschäften.
Vertreter:
Karl Freye, Wielandstr. 19.
Telephon 4095.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fundsachen-Verkauf.

Freitag, den 17. und Sonnabend, den 18. ds. Mts. von 9 Uhr vormittag an findet in unserem Fundbureau hier, Theaterstraße Nr. 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.
Freitag zwischen 12 und 1 Uhr mittags kommen mehrere Fahrräder (auch unbereift) zum Verkauf.

Eisenbahndirektion.

Bitterfeld

Bekanntmachung.

Betr. Weißbrot- u. Zwiebackbäckerei.

Vom 19. Dezember ab wird die Herstellung des Weißgebäckes den Bäckereien von
Gödner, Neuestraße,
Günther, Aeuß. Bismarckstraße,
Tischer, Barnstraße
und des Zwiebackes der Bäckerei von
Frenkel, Grünstraße
übertragen.

Bitterfeld, den 14. Dezember 1920.

Der Magistrat. Richter.

Weißenfels

Graupenverteilung im Stadtkreise.

In der Zeit vom 15. 12. bis einschl. 21. 12. kommen auf die Lebensmittelmarke 384
250 gr Graupen zum Preise von 2.65 Mk. je Pfund
durch die Kundengeschäfte zur Verteilung.
Markenablieferung und Bestandsanzeige der Verkaufsstellen spätestens bis zum 23. d. Mts an die Warenabteilung des städt. Lebensmittelamtes, Leopold Köstr. 14.
Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. 9./4. 11. 15 bestraft.

Weißenfels, den 15. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Passende Weihnachts-Geschenke

in
Brillanten, Ringe, Schmucksachen
von einfachster bis feinster Ausführung.
Gold- und Silbergegenstände,
sowie
moderne Uhren und Wecker
kaufen Sie preiswert und gut bei
H. Lerner, Uhren-Reparaturwerkstatt,
Gr. Steinstrasse 85.

Holzpantoffeln

starkes Lederblatt (Friedensware)
liefert billigst
Otto Fricke, nur Kl. Ulrichstr. 9, im Hof.
Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Das
Stock- und Pfeifengeschäft
befindet sich immer noch
Rathausstrasse 17
(gegenüber Bauers Restaurant).
Gegr. 1817 **Fr. Saatz.**

Der „Radikalismus" die Kinderkrankheit des Kommunismus.

Von V. Lenin.
Preis M. 2.50 u. 20% T.
Buchhandlung Volksstimme,
Gr. Ulrichstrasse 27.
Bestellungen nehmen alle Austrägerinnen entgegen.

„Helene", sprach der Onkel Nolte
„Was ich Dir immer sagen wollte:
Ich sah da neulich in den Ecken
Bei Dir viel Altgerümpel stecken,
Papier und Wolle, viel Metalle,
Das wirst Du teuer los in Halle
Geh' nur zu Phillipp Schwabach hin
Du weißt wie praktisch ich doch bin,
Ich bring' zu dieser Firma alles,
Verkauf es dort gegebnen Falles,
Drum tue was dein Onkel spricht
Und tummle Dich und zaudre nicht
Zum Christfest kaufst Du für das Geld
Dir alles, was Dir wohlgefällt.
Dann trinken wir ein Fläschchen Trarbach
Aufs Wohl der Firma Phillipp Schwabach."

Raffineriestr. 44. Telephon 6237.

Zu verkaufen

Chaiselongues
mit pr. Bezügen und Decken,
Stoff- u. Plüsch-Sofas,
prima Friedensware Bezüge,
prima Verarbeitung u. Materialien, verkauft billig
E. Maß,
Charlottenstraße 9.

Kaufgesuche

Gold! Silber! Platin! Zahngebisse! alte Münzen!
kauft zu höchsten Preisen
Wessner, Bretestraße 13, I.

Vermischtes

Schirme
anerkannt gutes Fabrikat,
Spazierstöcke
enorme Auswahl,
billige Preise
Schirmfabr. Bruno Claus
Gr. Steinstr., Ecke Neunhäuser

Moderne Wandbilder
mit hübschen Goldrahmen
sehr billig
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90.

Pianos, neu und gebr
auch auf Teilzahlung.
Stimmungen schnellstens
H. Lüders, Mittelstr. 9-10

Seilerwaren
Bindegarn, Hanf,
Bindfäden, Rohr, Bürsten,
Besen, Peitschen,
Holzwaren.
Polstermittel
Garne — Zwirne — Stoffe.
Wünsch & Kaps
Gross- u. Kleinhandel
L.-Wuchererstr. 1a.
Fernruf 5572.

Empfehle
Silber- u. Alpacca-Taschen,
reizende Neuheiten in
gediegener Ausführung
sehr preiswert
R. Voss,
jetzt Leipziger Straße 1,
im alten Rathause.

Reparaturen an Uhren Gold- und Silberwaren sowie **Schmucksach.** übernimmt bei solid. Ausführ. zu normalen Preisen **H. Lerner,** Uhren-Reparatur-Werkstatt
Große Steinstraße 85.
(gegenüber Parfümerie Hahn).

Frauen
denen b. Störung d. Periode Blutstockungen usw. andere Mittel nicht helfen, **brauchen noch nicht zu verzagen,** bestellen Sie sof. Präparate. Merke
Sorgenfrei
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1. Voreinsendung. Generaldepot: **H. Schäler, München,** Arnulfstr. 42.

Neu eingetroffen!
Grosse Auswahl
in
Waschservicen Küchengarnituren Tellern.
Sobel,
Steinweg 9.
Grillenschr. d. Reitstr.
Ammendorf Bahnhofsb.
Cöthen:
Schalaunischestrasse 8.

Gute Garantie-Batterien
für elektrische Taschenlampen
sehr billig
C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90.

Rolladen Jalousien Markisen
usw.
liefert u. repariert
Fach-Firma:
Hönemann
Büro jetzt: Sternstr. 8,
Ecke Kl. Brauhausstr.,
ernspr. nur noch 5849.

Massiv goldene Verlobungsringe,
Juweliere Tittel's Trauringecke.
Schmeerstrasse 12.

Starke dauerhafte Rucksäcke
sehr preiswert bei
H. Krasemann,
Leder-Spezialgesch.
nur
Schmeerstr. 19

Stadt-Theater

Donnerstag, d. 16. Dez., Anf. 7½, End. 10½ Uhr:
Fidelio.
Freitag, nachm. 3 Uhr: Weihnachtsmärchen-Vorstellg. b. kl. Preisen
Die Mäusekönigin
oder
Wie der Wald in die Stadt kam.
Freitag abend:
Der Zigeunerbaron.

Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

Kaffeehaus Monopol

Täglich Konzert von 4-11 Uhr.
Vorzügliche Getränke, Weine, Biere.
Konditorwaren aus ersten Häusern.
Spez.: Vanille- und Schokoladeneis

Zu beziehen durch die
Parteibuchhandlungen des Verbreitungsbezirks
Buchhandlung der Volksstimme,
Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 27.
Volksbuchhandlung Naumburg,
Marienstraße (nahe am Markt).

Alle Sorten
Felle, Häute und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz, Fellzurichterei, Fischerplan 2.
Für Fellsammler Vorzugspreise.

Nähmaschinen, Sprechapparate, Wringmaschinen, Taschenlampen,
Feuerzeuge
Gummi- Bälle, Tiere, Absätze, Tabaksbeutel usw.
vorteilhaft bei
Max Schneider
Reparaturwerkstatt
Schmalestr. 14 **Merseburg** Telefon 479.

Bettnässen
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst.
Versandhaus Urania
München B 322
Waltherstr. 38.

Chr. Glaser
Gr. Klausstr. 24.
Sehr preiswerte
Spar-Kochherde
Dauerbrandöfen
Pat.-Grudeöfen
gußeis. Waschkessel

Solbad Fürstental
Robert-Franzstr. 10.
stark radium alt. Schmiedeeb. Moor- u. medizinischen Bade

Eiserne feststehende
Christbaumständer
sehr billig
C. F. Ritter,
Leipziger Str. 90

Schuhcreme u. Gummiabsätze
zu billigsten Tagespreisen
bei
F. Noah, Leipzigerstr. 16
Ecke Gr. Sandberg.
Filzunterhäfschen.

Gummiwaren
Spülspritzen
Irrigatoren
Schläuche
Damenbinden
Krankenbedarfsartikel
Ferdinand Dehne
Nachfolger,
Grosse Steinstr. 15.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0004

Aus dem Stadtkreis.

Halle 15. Dezember 1920.

Halle und der Mittellandkanal.

Die preußische Landesversammlung hat in einer ihrer letzten Sitzungen die Vorlage der Regierung auf Herstellung der noch fehlenden Strecke des Mittellandkanals nach Maßgabe der Beschlüsse des Ausschusses angenommen, und zwar die sogen. „Mittellinie". Diese führt von Hannover nördlich Braunschweig und mündet nördlich Magdeburg in die Elbe. Halle war Anhängerin der „Südlinie". Diese führt zwar für die Fahrt vom Rheinland nach Berlin und umgekehrt einen Umweg, aber sie führte durch Gelände, welche durch Braunkohle und Kali industriell bereits erschlossen ist; besonders bot sie eine treffliche Möglichkeit zur Verbindung mit der Saale, etwa bei Bernburg. Mancher Hallenser wird über die Entscheidung der Landesversammlung verstimmt sein; dazu liegt aber gar keine Veranlassung vor, denn Halle ist keineswegs leer ausgegangen, es kann mit dem Erfolg zufrieden sein; die vielen Bemühungen der Stadtverwaltung haben sich durchaus gelohnt.

Gleich bei der Gründung der „Vereinigung für den Bau der Südlinie" hat der Magistrat wie auch die Handelskammer mitgewirkt, noch heute sind sie im Vorstand vertreten. Außer der Teilnahme an dem Verein haben die städtischen Körperschaften in richtiger Erkenntnis des Wertes der Wasserstraßen vielfach ihr Interesse für eine Verbesserung der Schiffahrtsverhältnisse kundgegeben. So wurde zunächst ein erheblicher Beitrag bewilligt zur Aufstellung des Projekts der Südlinie und der Regulierung der Saale; noch vor einem Jahr wurde ein Betrag für Aufklärungszwecke durch Wort und Schrift bewilligt. Ein Lichtbildervortrag war schon gemeinschaftlich mit der Handelskammer veranstaltet, um weitgehende Kreise von Stadt und Land zu interessieren. Vor einem Jahre etwa wurde eine Entschließung vom Magistrat und Stadtverordneten zugunsten der Südlinie und Verbesserung der Saale gefaßt. Sie ist vielfach veröffentlicht und allen Körperschaften, welche in dieser Frage mitzuwirken oder zu entscheiden hatten, zur richtigen Zeit zugestellt worden. Aber auch in tatsächlicher Beziehung haben die städtischen Körperschaften ihr Interesse für die Ausbildung des Wasserwegs kundgegeben: bei dem Aufzuchen der Möglichkeit der Verbesserung der Saale-Schiffahrt beantragten Magistrat und Stadtverordneten, sogleich die Verleihung des Rechts der Enteignung für ein geeignetes Hafengelände in Trotha. Dieses Recht ist erteilt worden. Daß die Stadt im Laufe des nächsten Jahres das Gut Seeben erwarb, ist auch dem Umstande zu verdanken, daß sie sich das zu Seeben gehörige Hafengelände sichern wollte.

Die Vereinigung für den Bau der Südlinie hat natürlich immer einen schweren Stand gehabt. Der Umweg, den die Südlinie gegenüber den anderen Vorschlägen macht, war nicht aus der Welt zu schaffen; ebenso war ungünstig, daß die Südlinie zwei Schleusen mehr hat, als die Mittellinie. Auch war von vornherein klar, daß das Land Preußen kein Interesse daran haben konnte, den Kanal so sehr weit an die Südgrenze des Landes zu legen; die Mitte war für Preußen die gegebene Stelle. Nachdem durch die neue Reichsverfassung festgesetzt war, daß die Wasserstraßen bereits zum 1. April 1921 an das Reich übergehen sollen, wurde von der Vereinigung immer und immer wieder betont, daß nicht Preußen für die Linienführung zuständig wäre, sondern das Reich. Als nun aber doch die preußische Regierung eine Vorlage an die preußische Landesversammlung auf Anlage des Mittellandkanals, und zwar in Führung der sogenannten Mittellinie machte, trat an auch die interessierten Länder: Braunschweig, Anhalt, Sachsen und Thüringen auf den Plan, indem sie sich direkt an das Reich wandten. Nun kam die Schwierigkeit: das Reich konnte bei dem großen Interesse, das diese eben genannten südlichen Länder wie auch Nordbayern an einer südlicheren Führung des Mittellandkanals hatten, nicht ohne weiteres das preußische Projekt übernehmen; es mußte zunächst eine Prüfung vornehmen lassen. Die Prüfung eines so großen Projektes erfordert mehr als ein Jahr Zeit. Die Ausführung wäre also um 1 Jahr und länger hinausgeschoben worden. Somit war Einigung dringend nötig, schon um Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Es wurde verhandelt, soweit man erfahren, viel verhandelt, sicherlich auch mit Geschick; der Minister ist bei der Schlußberatung gelobt worden. Einigkeit wurde dadurch erzielt, daß die Länder abgefunden wurden, und zwar wird der Kanal bei Braunschweig etwas näher an die Stadt gerückt und das Mitteldeutsche Industriegebiet durch Verbesserung der Elbe und Saale angeschlossen. Es wurden bewilligt:

1. für Herstellung des Mittellandkanals in Führung der Mittellinie 242,8 Millionen Mark,
2. für eine Verbindung dieses Hauptkanals unter Benutzung der Elbe und Saale mit dem Wirtschaftsgebiet der oberen Saale bis in die Gegend von Crenpau (bei Merseburg) zur Ermöglichung des Anschlußkanals nach Leipzig 100 Millionen Mark,
3. zur Beteiligung an Gesellschaften für Herstellung von Harz- und Saalekanälen 30 Millionen Mark

Es wird also gleichzeitig mit dem Bau des Hauptkanals von Hannover bis Magdeburg auch die Saale reguliert, und zwar für Großschiffahrt bis nach Merseburg, so daß sich dort der Kanal nach Leipzig anschließen kann. Das Projekt der unter 2 genannten Verbindung liegt noch nicht genau fest. Höchstwahrscheinlich wird ein Kanal zwischen Calbe a. Saale und Schönebeck a. Elbe gebaut; hierdurch würde eine bedeutende Verkürzung des Wasserwegs nach Hamburg und nach dem Osten entstehen; bei Magdeburg wird ein Umgehungskanal ausgeführt werden. Schließlich wird, da die bessere Schiffbarmachung der Flüsse im engen Zusammenhange mit der gesamten Wasserwirtschaft steht, im oberen Gebiet der Saale wohl zwei Talsperren errichtet werden. Durch diese wird Hochwasser zurückgehalten und der Saale, somit auch der Elbe zu Zeiten der niedrigsten Wasserstände zugeführt, so daß z. B. hier in Halle die Saale in solchen Zeiten etwa ½ Meter höher gehoben wird als bisher der Fall war. Gemäß diesem Beschluß ist zwar nicht der kürzeste Wasserweg nach dem Westen erreicht, aber wenn man die Summe unter 2 ansieht, die im Interesse der Schiffahrtsverhältnisse für Mitteldeutschland aufgewendet werden soll, so muß man gestehen, daß das Erreichte sehr erheblich ist, zumal die angegebenen Kosten Vorkriegspreise sind. Von allergrößter Bedeutung ist, daß die vorstehend unter 1—3 angeführten Arbeiten als ein einheitliches Werk gleichzeitig durchgeführt werden. Die Geldmittel für alle 3 Ausführungen sind bereits bewilligt. Die Gefahr des üblichen „Vertrödelns" ist vorbei

Dieser schöne Erfolg ist dem mannhaften Eintreten besonders der hallischen Abgeordneten zu verdanken. Aber auch die städtischen Körperschaften und die Handelskammer haben sich um die Sache verdient gemacht. Am wichtigsten vielleicht war, daß sich Halle mit den südlichen Ländern zu der Vereinigung für die Erbauung der Südlinie zusammen tat. Als etwa vor 20 Jahren die damalige preußische Regierung dem Landtag eine Vorlage auf Erbauung des Mittellandkanals machte, war von einer Verbindung nach Mitteldeutschland nicht die Rede. Ohne die jetzige Vereinigung wäre es so gekommen, daß der Mittellandkanal gebaut und Halle mit ganz Mitteldeutschland unberücksichtigt geblieben wäre. Halle wäre gegenüber den nördlichen Teilen der Provinz stark in Rückstand gekommen, während jetzt, wenn auch nicht nach dem Osten der kürzeste Weg erreicht wird, doch ein vollwertiger Anschluß an das Wasserstraßennetz Deutschlands erfolgen wird. Eine einzige Stadt, ein einziges kleineres Land kann in solch großen Fragen nichts ausrichten; nur der Zusammenschluß schafft es.

Das „Hallesche Volksblatt" im Kampfe gegen die Gewerkschaften!

Seit den Tagen der Sinowjewrede in Halle wird vom „Volksblatt" Halle, daß sich mit fieberhafter Energie Eingang und Einfluß im gesamten mitteldeutschen Industriegebiet und weit darüber hinaus verschafft hat, ein systematischer Kampf gegen die Gewerkschaften geführt. Man streitet dies zwar entschieden ab, indem man jeden Tag behauptet, man wolle nur die Revolutionierung der Gewerkschaften.

Am 11. und 12. Juli waren es auf der Betriebsrätekonferenz in Halle Malzahn, Koenen und Däumig, die sich gegen entrüstet gebärdeten, als ihnen der Vorwurf der Gewerkschaftszersplitterung gemacht wurde. Auf dem Betriebsrätekongreß im Oktober in Berlin war es ihr Gesinnungsfreund Richard Müller, der als Korreferent wörtlich ausführte: „Es ist mir verboten behauptet worden, wir wollten die Gewerkschaften zertrümmern, wollten neben den Gewerkschaften Konkurrenzorganisationen schaffen. Ich fühle mich verpflichtet, diese Behauptung sofort zurückzuweisen." Es ist deshalb notwendig, Wort mit Tat einmal zu vergleichen; an der Hand von Tatsachen festzustellen, wie in den Massen bewußt der Gedanke genährt wird, erledigt die Gewerkschaften, dann ist der Weg zur Macht frei. Man ist natürlich diplomatisch genug, den Kampf zunächst nur gegen die „Führer" der Gewerkschaften zu führen, um sich dadurch den unzufriedenen Teil der Gewerkschaftsanhänger zu erhalten.

Der entscheidende Umschwung des „Volksblattes" in der Gewerkschaftsfrage trat — das mag dem „Arbeiterführer" Sinowjew zur Ehre gereichen — nach seiner Rede in Halle ein. Von diesem Tage an dienten dem „Volksblatte" die Moskauer Aufmahnebedingungen als Richtlinien, die es auch konsequent durchführt im Sinne des Absatzes 10, der die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Internationale, die man als „gelb" bezeichnet, fordert. Danach kann Mitglied der 3 Internationale nur sein, wer aus der Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften ausscheidet.

Das „Volksblatt" handelt auch im Sinne des offenen Schreibens an die Mitglieder der U. S. P. D. vom Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale, das es in ihrer Nummer 239 vom 12. Oktober 1920 zum Ausdruck bringt. Dort heißt es im Absatz „über die Spaltung": „Es gibt geschichtliche Situationen, in denen eine Spaltung die heilige Pflicht eines Revolutionärs ist". Es bedient sich aber auch der Waffen, der sich das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale in seinem Aufruf an die englischen Bergarbeiter bedient.

In diesem vom „Volksblatt" am 27. Oktober zum Ausdruck gebrachten Aufrufe heißt es unter dem Hinweis auf den Generalstreik der englischen Bergarbeiter: „Gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, getrieben von ihrer Not, aufgerüttelt durch den Zusammenbruch des Kapitalismus, sind die Arbeiter selbst zur Tat geschritten." Das ist natürlich nicht wahr; der Streik ist vielmehr auf Grund einer von den Gewerkschaftsführern veranstalteten Urabstimmung beschlossen, von den Gewerkschaftsführern geführt und von ihnen wiederum auf Grund des Beschlusses durch eine Urabstimmung beendet worden.

Dem „Volksblatt" ist es freilich ein Behagen, in diesem für Deutschland von Adolf Hoffmann unterschriebenen Aufruf, die Gehässigkeit der Gewerkschaftsführer nachweisen zu können. Unbeachtet des Schadens natürlich, der den Gewerkschaften — also den Arbeitern — selbst daraus erwächst. Das kümmert die Moskauer Imperialisten nicht — ihre Politik ist ebenso unberechenbar wie die ihrer militärischen Lehrmeister — der „Ludendorffer".

Daß das Volksblatt so nebenbei ein entschiedener Bekämpfer des Betriebsrätegesetzes ist, wird nicht weiter überraschen; obwohl es in seiner Nr. 167 vom 20. 7. 20 einen Schiedsspruch des Metallarbeiter-Verbandes gegen die Firma Gebr. Vogthaus, Velbert, mit den Worten kommentiert: „Hier zeigt sich, daß der Betriebsrat eine ungeahnte Macht hat, um die Arbeitslosigkeit zu steuern, wenn er auf dem Posten ist." Dieser ungeahnten Macht fühlte sich der auf das „Volksblatt" schwörende Betriebsrat der Gruben im Oberröblinger Braunkohleng biete sicher, indem er einen Streik inszenierte, bei dem nach einer Notiz des „Volksblattes" vom 10. Oktober 1920 die hallischen Vertreter des Rätekongresses versprochen, die Forderungen der Streikenden voll und ganz zu unterstützen. Dabei und bei der Formierung eines Demonstrationszuges blieb es aber auch. Die Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes brachten auf Wunsch der Streikenden die Geschichte in Ordnung. Die ungeahnten Kräfte machten sich dann aber vor dem Schlichtungsausschuß bemerkbar, vor den der betr. Rat zitiert wurde wegen Uebertretung der §§ 39 Absatz 2, 66 und 78. Dort appellierte der Gesamtbetriebsrats-Vorsitzende und Moskaugänger G. nach einer heiligen Lehre, gezogen aus dem ungeahnten Instinkt des Worte: „Masse" — an das Menschlichkeitsgefühl der — kapitalistischen Beisitzer.

Weil der Gewerkschaftsbund das Verhalten der „Freiheit" im Berliner Elektrikerstreik billigt und diese Ansicht in einer Abhandlung in Nr. 47 des Korrespondenzblattes durch Karl Lindow vertreten läßt, wendet das „Volksblatt" am 26. November der „Freiheit" den Satz: „So sinken die Rechtsunabhängigen täglich mehr in den Sumpf, bis ihnen die Arbeiter auch ihrer revolutionären Phraseologie wegen die Gefolgschaft versagen." Wenn also Arbeiter städtischer Werke einer Stadt, die sozialistisch verwaltet wird, ohne Zustimmung ihrer Gewerkschaft streiken — so ist das Sumpf.

Für den 23. 11. hatte das Gewerkschaftskartell drei öffentliche Gewerkschaftsversammlungen einberufen. Wenn man nun der Meinung war, daß in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe wie der heut gen ein Arbeiterblatt solche Bestrebungen zu unterstützen habe, so irrt man sich. Am folgenden Tage, den 24. 11. 20, freut sich das „Volksblatt" in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Verlorene Liebesmüh'" über den schlechten Besuch der Versammlungen und gönnt dem Kartellvorsitzenden Winkler dem „Reinfall der Antibolschewisten" mit den Worten:

„Mögen noch die Herren vom Kartellvorstand, deren gewerkschaftliches Stünblein in Halle bald geschlagen hat, einsehen: Die hallesche Arbeiterschaft will einig und geschlossen in der bisherigen Richtung weitermarschieren und kümmert sich deshalb nicht darum, wenn links von der Straße, die sie zieht, einige Hampelmänner Schaustellungen geben.

Also Gewerkschaftsversammlungen sind nach der Ansicht des „Volksblattes" Hampelmännerschaustellungen. Es kann natürlich den Artikel nicht schließen, ohne eine kleine Aufmunterung an die Gewerkschaftsmitglieder, indem sie die Ueberzeugung Andersdenkender mit den Worten „ehrt" (Volksblatt vom 1. 12. 20): „Damit sind die Herren Rechtsunabhängigen in Halle wohl endgültig erledigt. Sobald sie aus den Gewerkschaftsbüros verschwunden sein werden, was nicht mehr lange dauern wird, werden sie uns eine unangenehme Erinnerung sein."

Am 25. 11. 20 berichtet das „Volksblatt" über eine Gewerkschaftsversammlung in Wölberg-Wörmlitz und läßt den rechtsunabhängigen Arbeitersekretär Wielepp einen vergeblichen Eiertanz aufführen. Daß er vom Moskauer Tominsky gebührend abgefertigt wurde, ist selbstverständlich. Wie kann auch ein Gewerkschaftler sich anmaßen, anders zu denken, geschweige zu sprechen, als ihm das „Volksblatt" erlaubt. Am selben Tage bringt es einen Bericht über die Tagung des internationalen Gewerkschaftsbundes in London mit der von Moskau befohlenen Ueberschrift: „Die gelbe Internationale".

In einem Kommentar zu diesem Bericht meint das Blatt den Standpunkt Fimmens, des internationalen Sekretärs, nach dem Lohnkämpfe nur im Einverständnis mit den Gewerkschaften geführt werden sollen. Er meint weiter, der deutsche Delegierte Graßmann kenne die deutschen Arbeiter schlecht; diese würden ihre reformistischen Führer immer entschlossener bekämpfen."

Geschlossenheit und Disziplin bei Lohnkämpfen sind dem „Volksblatt" unnütze Dinge. Es mag sich diese feine Lehren für die Zukunft merken, wenn ungeahnte Kräfte an die Herztüren klopfen werden.

Daß es auch im Metallarbeiterverband anders werden muß, ist Vorschrift (Gebot 10). Der jetzige Vorsitzende Rößler und seine Knappen müssen abgelöst werden. Der ist im „Volksblatte" 29. 11. 20. Es schreibt: „Schon zitterten die Thrönchen der Dißmann-Knappen in Halle; aber siehe die Rettung naßte! Wann hätte es je einen gerissenen Gewerkschaftsbürokraten gegeben, der nicht durch Schiebungen und Kniffe sich auch den Willen der Mitglieder an seinen Posten klammert? Der Bericht schließt: „Die Opposition wird sich an die Statuten halten und sie wird auf Grund der Statuten den Herrn Rößler genau so abjagen, wie er mit uns allen zusammen seinerzeit die Rechtssozialisten abjagte. Das ist der Dank vom Hause Lenin für getreue Wegbereitung.

In einer Zeit, wo die Anmaßung der Metallindustriellen von Tag zu Tag rücksichtsloser wird; läuft das „Volksblatt" mit der Petroleumkanne im Lande, — — in dem festen Gefüge der Gewerkschaftsorganisationen herum und legt Brände an. Es wird sich über den Erfolg bald genug wundern, — wen wohl die Flammen verzehren werden?

In der Nummer vom 30. 11. 20 befaßt es sich nochmal in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Reaktionäre Zellen im Metallarbeiterverband", mit den Verhältnissen dieser Organisation und ruft aus —, „was vor anderthalb Jahren gegen die Rechtssozialisten erlaubt war, soll jetzt gegen Rechtsunabhängige und Rechtssozialisten im trauten Verein, nicht erlaubt sein." Es meint damit den Hinauswurf derer, die dem Moskauer Gebot nicht folgen, aus den Gewerkschaften. Das sind auch die reaktionären Zellen. Erlaubt sind eben nur die Terrorzellen.

In derselben Nummer vom 30. 11. 20 beginnt das „Volksblatt" zugleich auch den Kampf gegen den Verband der Eisenbahner. Der Vorsitzende des Verbandes, Kotzur, hatte vor den hallischen Eisenbahnern gesprochen. Diese Tatsache gab dem „Volksblatt" Veranlassung über diese Versammlung zu berichten unter der Ueberschrift: „Die schmähliche Niederlage eines Gewerkschafts-Reaktionärs". Die Rede dieses Verbandsvorsitzenden wird mit ein paar Zeilen abgetan, während die Rede des als Korreferent auftretenden Gewerkschaftssekretärs Grabow (Halle) in fast zwei Spalten gebracht wird. Daß es sich bei der Rede Grabows um eine Handlung im Sinne der russischen Bedingungen handelt, beweist der Satz: „wir müssen den Kampf um die Diktatur des Proletariats führen, damit aber kommen wir zur dritten Internationale".

Das nach dem Bericht die drei Diskussionsredner, die im Sinne Kotzurs sprachen, kläglich abschnitten, braucht nicht zu verwundern, ebenwenig die Bemerkung von dem mageren Schlußwort des Referenten. Was man sonst noch vor hat, ist aus dem Schlußwort des Berichtes zu ersehen, wo er ankündigt, daß die Ortsverwaltung Halle des Eisenbahnerverbandes sich nach einem Königreich umsehen möge, denn, und damit schließt der Bericht — im Januar ists Schluß!

Wie gegen den Holzarbeiterverband von den Moskauern gewütet wird, konnten wir erst letzthin zeigen.

Wenn das Gastolsyndikat von bürgerlichen Herren geleitet wird, so kümmert das das „Volksblatt" wenig; wehe aber, wenn der erste Vorsitzende des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Heckmann, zur Wahrnehmung der Geschäfte obigen Syndikats berufen wird; da ist die Zeit reif, auch gegen jene Organisation vorzugehen. Unter der Ueberschrift:

„Renegatenlohn" macht das „Volksblatt" in seiner Nummer vom 1. 12. 20 die oben bezeichnete Tatsache seinen Lesern bekannt. Es schreibt da unter anderem: „Noch schlimmer als das Hinüberwechseln im Unternehmerdienste ist, daß Heckmann trotzdem die Berechtigung behält, an den Sitzungen des Verbandsvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen".

Es überspielt wohl ganz, daß heute aristokratische Arbeiterführer ausländischer Vereine, nicht nur in deutschen Organisationen mit beratender, sondern mit beschließender Stimme teilnehmen und deuche „Arbeiterführer" in hündischer Unterwürfigkeit, — sich obendrein noch ihrer freien Meinungsäußerung brüstend — kritiklos ausführen, was ihnen der Moskauer Sylobus vorschreibt.

In der Nummer vom 4. 11. 20 berichtet das „Volksblatt" über eine Gewerkschaftsversammlung in Eisenburg. Dort sprach Schilling (Leipzig) über den Anschluß der Betriebsräte an die Gewerkschaften. Daß er sich in Nebensächlichkeiten verlor und unter „Unruhe" enden mußte, bestimmt weiter nicht. Um so

Einen Wandkalender der „Volksstimme"

gibt der Verlag in Zweifarbendruck auf Karton gut ausgeführt für das Jahr 1921 zum Preise von 30 Pfg. heraus.

Die Zustellung an die bisherigen Besteller erfolgt im Laufe dieser Woche. Erwartet wird, daß sämtliche Leser den Kalender bestellen. Wer diesen noch nicht bestellt hat oder, obwohl er ihn bestellte, in den folgenden Tagen nicht bekommen hat, wiederhole die Bestellung bei seinem Austräger. Postbezieher wollen 40 Pfg. in Briefmarken mit Adressenangabe ohne weitere Mitteilung als Drucksache oder den Betrag auf das Postscheckkonto 87 573 Leipzig einzahlen. Die Zahlkarte kostet 5 Pfg. Porto.

Verlag der „Volksstimme".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0005

selbstverständlicher ist es, daß — nach dem Bericht — Bowitzki (Halle) klar und allgemein verständlich den Vorzug der selbständigen Räteorganisation darlegte. (W. R. O.)

Die Beweise vom kraftvollen Können der W. R. O. liegen ja auch offenkundig zutage.

Damit soll für heute geschlossen werden. Wenn das „Volksblatt" fortfährt, den offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen — und nach Gebot 10 ist es dazu verpflichtet, so werden wir im Interesse der Arbeiterschaft, die in den gewerkschaftlichen Organisationen stehen, sachlich aber mit aller Schärfe, für die Geschlossenheit eintreten. Ich weiß nicht, ob schon jemals einer der Schriftleiter des „Volksblattes" in einem Kampfe mit dem Unternehmertum einen Pfennig für die Arbeiter herausgeholt hat. Aber eines weiß ich bestimmt, wäre dies der Fall, dann könnte er unmöglich auch nur ein Wort gegen die Gewerkschaften schreiben; er würde bald erfahren, daß aufbauen unendlich schwieriger als einreißen ist. Die Gewerkschaften haben in jahrzehntelangen Kämpfen bewiesen, was sie leisten konnten und noch können; diesen Beweis hat aber noch nicht jeder erbracht, der heute führend in der Arbeiterbewegung steht. Und es ist wahrhaftig keine Kunst, eine zum Teil erst kurze Zeit organisierte Masse in einen Taumel zu versetzen, der von Tag zu Tag infolge innerer Hohlheit der Reaktion zutreibt. Möge die Masse recht bald Vergleiche anstellen.

Wahrhaftig nicht aus Freude am Bruderkampfe müssen solche Worte geschrieben werden, aber weil ich mir bewußt bin, daß jeder Tag Kampf, der von Arbeiter zu Arbeiter geführt wird, die Reaktion und die Kraft der Stinnesleute stärkt, den Arbeitern aber unendlich schadet, muß gesagt werden, die Gewerkschaften müssen bleiben was sie waren — Kampforganisationen, die keiner Spaltung ausgesetzt werden dürfen.

Da das „Volksblatt" aber durch seine Schreibweise eine sich steigernde Stimmung gegen die Gewerkschaften erzeugt und zwar in einer Kampfesweise, die bis heute kaum ein Unternehmerblatt erreicht hat, wäre es ein Verbrechen, dem nicht sachlich entgegenzutreten.

Armes „Volksblatt" — — grauenhafte Freuden — — einen Sieg mit geborgtem geistigen Rüstzeug — — über andersdenkende Sozialisten zu verkünden! Kein Wunder, wenn die Stinnesleute sich ungestört sammeln können. W. Hesse (Halle).

Zur 30 prozentigen Mietsteigerung

schreibt uns das Mieteinigungsamt:

Das städtische Mieteinigungsamt hat den Hausbesitzern eine Ermächtigung zur Steigerung von 30 Prozent nicht erteilt. Richtig ist nur, daß das städtische Mieteinigungsamt seit einiger Zeit für die nach dem 1. Januar 1921 liegenden Mietzinse einen 30prozentigen Zuschlag zur Friedensmiete in der Regel als Normalzuschlag angenommen hat.

Die Ausführungen des Vorsitzenden des Saalkreis-Mieteinigungsamts, Herrn Kreissyndikus Dr. Hauswald, Nr. 553 der „Saale-Zeitung", sind zum Teil irrig.

a) Die Höchstmietverordnung ist für den Stadtkreis Halle nicht in Kraft gesetzt. Auch am Dienstag, den 16. November, ist sie vom Bezirkssachverständigen-Ausschuß nicht eingeführt worden.

b) Es ist nicht richtig, daß der Bezirkssachverständigen-Ausschuß am 16. November das Verfahren des städtischen Mieteinigungsamts irgendwie geregelt hat.

c) Nach Herrn Dr. Hauswald hat die 30prozentige Steigerung zur Folge, daß nunmehr die Reparaturpflicht der Hausbesitzer wieder einsetze, da sonst Rechte und Pflichten ungleichmäßig verteilt wären. Dieser Zusammenhang ist nicht vorhanden. Inwieweit eine Reparaturpflicht besteht, bestimmt sich nur nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Weder war früher die Reparaturpflicht ausgeschaltet, noch ist die 30prozentige Steigerung angenommen worden, um die Reparaturpflicht von jetzt ab wirksam zu gestalten.

Bemerkt sei, daß es überhaupt nicht möglich ist, diese 30 Prozent der Stadt Halle mit den 20 Prozent des Saalkreises zu vergleichen. Im Saalkreis dürfen außer dem Höchstmietzuschlag von 20 Prozent noch Reparatur- und Verwaltungszuschläge nach § 10 der Höchstmietverordnung verlangt werden. Diese Sonderzuschläge können viel höher sein, als die 10prozentige Differenz, die zwischen dem hallischen Normalzuschlag und dem Höchstmietzuschlag des Saalkreises besteht. Der hallische Hausbesitzer kann Sonderzuschläge in dem jetzigen Verfahren vor dem städtischen Mieteinigungsamt nicht beanspruchen. Das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt würde durch einen Antrag auf Sonderzuschlag nach § 10 außerordentlich erschwert und verteuert, da über die Notwendigkeit und die Kosten der Reparaturen in der Regel Sachverständige gehört werden müßten. Die höheren Verfahrenskosten müßten Vermieter und Mieter tragen.

Warnung vor dem widerrechtlichen Beziehen von Wohnräumen.

Die Besetzung freier Wohnungen oder freier Wohnungsteile erfolgt in Halle nach der Magistratsverordnung vom 10. Juli 1920 lediglich durch das Wohnungsamt. Freiwerdende Wohnungen und Wohnungsteile müssen innerhalb drei Tagen, nachdem sie gekündigt sind, oder feststeht, daß sie aus einem sonstigen Grunde zu einem bestimmten Termin von dem bisherigen Wohnungsinhaber verlassen werden, auf dem vorgeschriebenen Formular dem städtischen Wohnungsnachweis angemeldet werden. Irrig ist die Annahme, daß die Räume erst drei Tage nach dem Freiwerden zu melden sind. Der Wohnungsnachweis fertigt für die zuzuweisenden Mieter einen Wohnungsbedarfsschein aus und weist mit diesem die Wohnung nach. Der Wohnungsbedarfsschein muß am nächsten Tage mit dem Vermerk des Vermieters zurückgebracht werden, widrigenfalls die Wohnung anderweit vergeben wird. Die Wohnung darf erst dann bezogen werden, wenn der Mietvertrag vom Wohnungsamt genehmigt worden ist oder der Mieter eine schriftliche Anweisung zum sofortigen Beziehen der Wohnung vom Wohnungsnachweis erhalten hat. Ohne Genehmigung bezogene Wohnungen müssen ausnahmslos wieder geräumt werden, erforderlichenfalls mit polizeilichem Zwang, außerdem hat der Vermieter eine Geldstrafe bis zu 10 000 Mark zu gewärtigen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß ein Belassen der widerrechtlich eingezogenen Personen in der Wohnung auf keinen Fall geduldet werden kann, selbst wenn die Verhältnisse noch so traurig für den Beteiligten liegen. Die Autorität des Wohnungsamtes muß entschieden gewahrt bleiben, damit überhaupt eine gerechte Verteilung freiwerdender Wohnungen möglich ist und die Gefahr der völligen Obdachlosigkeit vermieden wird.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß Untermieter keine Aussicht auf Zuweisung der ganzen Wohnung haben, sobald diese durch den Auszug des Hauptmieters frei wird. Das Untermietverhältnis erlischt mit der Aufgabe des Hauptmietverhältnisses, die Wohnung muß gleichzeitig vom Untermieter geräumt werden. Es kann daher nur davor gewarnt werden, sich in eine in Aussicht stehende freiwerdende Wohnung als Untermieter einzumieten in der Absicht, später die Wohnung zu erhalten. Eine Wohnung wird auch von einer Familie als Untermieter widerrechtlich bewohnt, wenn der Untermietvertrag nicht die Zustimmung des Wohnungsamtes gefunden hat.

Das städtische Wohnungsamt, Gr. Berlin 11, ist für den Publikumverkehr von 8—12 Uhr, der Wohnungsnachweis von 10—2 Uhr geöffnet. Dienstags und Freitags ist das gesamte Wohnungsamt zur Einhaltung eines ordnungsmäßigen Geschäftsverkehrs für jeden Publikumverkehr geschlossen.

Abschluß der neuen geldlichen Leistungen des Ortskartells Halle für Angestellte.

Vor dem Schlichtungsausschuß wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

1. Es tritt eine Erhöhung von 10 Prozent für Ledige und 15 Prozent für Verheiratete und Verwitwete mit eigenem Hausstand ein.
2. Die Erhöhung wird berechnet vom November-Einkommen abzüglich der Ueberstunden, Bereitschaftszulagen, Provision (soweit sie nicht einen Teil des Tarifsatzes darstellt) und ähnlichen Zulagen.
3. Bereits gegebene Zulagen finden insoweit Anrechnung, als sie keine Leistungszulagen sind und mit der Bedingung gegeben sind, daß sie bei einer Aenderung des Gehaltstarifes anzurechnen sind.
4. Weibliche Angestellte erhalten Zulagen zu den ungekürzten Tarifsätzen.
5. Lehrlinge erhalten einen Zuschlag von 10 Mark für den Monat.
6. Die neuen Sätze werden bezahlt ab 1. Dezember 1920.
7. Gruppen und Firmen, die dem Schlichtungsausschuß nachweisen, daß sie die nach Punkt 1 bis 6 angesetzten Zulagen nicht zahlen können, erhalten entsprechend ermäßigte Sätze, gegebenenfalls Befreiung.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle.

In der am 12. d. Mts. im St. Nikolaus abgehaltenen Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises wurde der Ausschuß zur Prüfung der Jahresrechnung für 1920 gewählt und der Voranschlag für 1921 mit 4 937 500 Mark in Einnahme und Ausgabe genehmigt. Weiter wurde der Beitritt der Kasse zum Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle unter Bewilligung eines Jahresbeitrages von 1200 Mark und der Kosten für ärztliche Einzelleistungen usw. nach Maßgabe des vorgelegten Vertrages beschlossen und der Bericht über die mit Kassenärzten, Zahnärzten, Zahntechnikern und Krankenhäusern getroffenen Abkommen und abgeschlossenen Verträge entgegengenommen, auch das Abkommen mit der Orts- und Landkrankenkasse des Mansfelder Seekreises über den gegenseitigen Verzicht auf Ersatz von Wochenhilfekosten aus § 197 RVO. genehmigt. Nach dem Vorschlage des Vorstandes fand die infolge tariflicher Vereinbarungen notwendige Aenderung der Dienstordnung ebenso die Genehmigung des Ausschusses wie die vorgeschlagene Aenderung der Satzung. Letztere betrifft Erhöhung des Höchstbetrages für kleinere Heilmittel und des Zuschusses für größere Heilmittel auf 100 Mark für Mitglieder und auf 50 Mark für versicherungsfreie Familienangehörige, die Anwendbarkeit des § 24 der Satzung auch für versicherungsfreie Familienangehörige, die Einteilung des Kassenbezirks für die Vorschlagslisten zur Wahl des Ausschusses in nur einen Wahlbezirk gegen bisher 12 und die Aenderung der Wahlordnung dahingehend, daß vom Vorstand ein Wahlvorschlag nicht zu machen ist und zwecks Vereinfachung des Wahlgeschäfts Wahlbescheinigungen für die wahlberechtigten Versicherten und Arbeitgeber ausgefertigt werden, wogegen die Führung von Wahllisten wegfällt.

Endlich erteilte der Ausschuß dem Vorstand die Ermächtigung, versuchsweise eine Krankenschwester anzustellen, ein Grundstück zur Errichtung einer Kinderwalderholungsstätte anzukaufen und den Beitrag an die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten angemessen zu erhöhen.

Tuberkulosebekämpfung.

Der Ortsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle hielt Ende November seine diesjährige Mitgliederversammlung ab, der eine Vorstands- und eine Ausschußsitzung voranging bzw. folgte. Alle zur Beschlußfassung stehenden Punkte zeigten wieder eindringlichst, welchen ungewöhnlich hohen Umfang die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen erreicht hat und welcher außergewöhnlichen Maßnahmen, welcher Ausdauer und Opferwilligkeit es bedarf, um der Volksseuche Herr zu werden. Um die Arbeit der Lungenfürsorgestelle des Vereins auf eine breitere Grundlage stellen zu können, war bereits im Vorjahre ein Röntgenapparat beschafft worden, über dessen glänzende Bewährung berichtet werden konnte. Außerdem ist beschlossen worden, neben dem bisherigen Zusammenarbeiten mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle auch mit dem Kreiswohlfahrtsamte und der Allgemeinen Krankenkasse des Saalkreises Verträge über Benutzung der Lungenfürsorgestelle abzuschließen. Insbesondere sollen aber die Stadtgemeinde Halle, die Allgemeine Ortskrankenkasse Halle und die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg um Erhöhung ihrer bisher gewährten Beihilfen gebeten werden, um nicht auf halbem Wege stehenbleiben zu müssen. Zwecks Aufklärung der weitesten Bevölkerungskreise über die außerordentliche Gefahr, die ihnen durch die Tuberkulose droht, sollen Anfang nächsten Jahres in den Schulen, die Projektionsapparate besitzen, in besonderen Elternabenden Lichtbildervorträge gehalten und Merkblätter verteilt werden. — Weiter wurde dem Vorstande, besonders dem Schatzmeister, Geh. Kommerzienrat Lehmann, Entlastung für die Geschäfts- und Kassenführung für 1919/20 erteilt. An Stelle des als Regierungsrat nach Hannover berufenen bisherigen Vorsitzenden des Vereins, Stadtrat Dr. Tepelmann, ist Stadtrat Uber zum Vorsitzenden gewählt worden. Regierungsrat Dr. Tepelmann wurde mit Rücksicht auf seine großen Verdienste um den Verein und die Tuberkulosebekämpfung zum Ehrenmitglied ernannt. Ueber die Ergebnisse der Arbeit des Vereins vom 1. April 1919 bis 31. Dezember 1920 folgt demnächst ein kurzer Bericht.

Bankier Ernst und Anna Haaßengier-Stiftung.

Am 2. Februar 1921 findet wieder eine Verteilung der Zinserträgnisse der „Bankier Ernst und Anna Haaßengier-Stiftung" statt. Sie sollen in der Hauptsache Künstlern und Künstlerinnen bezw. Kunsthandwerkern zugute kommen.

Berücksichtigt werden vor allem:

1. Tüchtige Opern-, Oratorien- und Konzertsänger und -Sängerinnen.
2. Auf dem Gebiet der Instrumentalmusik befähigte junge Leute.
3. Begabte Maler und Malerinnen auf dem Gebiete der Oelmalkunst, der Landschafts-, Genre- und Porträtmalerei usw.
4. Talentvolle Bildhauer, gleichviel welcher Konfession. Die Betreffenden müssen die Künstlerlaufbahn zu ihrem Lebensberuf erwählt und ihre wirkliche Befähigung für diese dargetan haben.

Das Weimar der arbeitenden Jugend*).

Weimar ... ein Sehnen faßt uns: nach jenem stillen ernsten Geisterreich. Die Geistesfürsten des Dichterreiches steigen vor uns auf. Reiche, klangvolle Worte, tiefstes Menschheitsempfinden strömen aus den Wunderwerken ihres Genies. ... Und hier und da vergrub sich einer der Nachlebenden in die Welt Goethes und Schillers — abseits vom Tageslärm. Die Mammonsjagd ließ keine Zeit, keinen Platz, ein freies edles Menschentum, wie es die Großen von Weimar erschauten, erstehen zu lassen. Die nach ihm hungerten, konnten den steilen Weg nicht hinaufkommen; die Satten, mit der kapitalistischen Weltordnung Zufriedenen, verlangten nicht danach. Grausam lachte man über Idealisten, die trotz turmhohen Schmutzes ringsumher, den heiteren Menschenglauben Goethes behielten, die ringenden Gedanken Schillers weitertrugen... Spott verfolgte die Schwärmer. ... So konnte das Sehnsuchtsland: auf freiem Grund ein freies Volk, nicht Tat werden.

Was ein überlebtes Bürgertum nicht vollbringen konnte, wird der aufstrebenden Generation Aufgabe und Ziel sein. Wozu das in Drangsal und Bitterkeit vollbrachte Leben der Alten nicht mehr die Kraft hatte, wird in der stürmenden Jugend Form und Inhalt werden: die Arbeiterjugend wird den neuen Menschen erleben. Das kündet uns „das Weimar der arbeitenden Jugend".

Ein Buch ist erstanden aus dem Reichsjugendtag der Arbeiterjugend in Weimar. Ein Buch, in dem es singt und klingt vom freien fröhlichen Menschentum. Wir alle, die einst ein Teil der Arbeiterjugend waren, haben auf dieses Weimar, auf dieses Buch brausender, neuer Jugendkraft gewartet — mit andächtigem Glauben — jahrelang. ... Und was es uns erzählt, läßt uns froh werden. Hier sind die Wurzeln deiner neuen Kraft, du Proletariat. Ein tieffreudiges Zukunftshoffen wird in allen „Alten" lebendig. Das Mühen war nicht umsonst. Siegerglaube leuchtet aus der Jugend.

Vom Jugendtag in Weimar glüht das Buch. Heißer Atem, tiefes Erleben junger Menschenkinder hat es geformt. Von Tanz, Fröhlichkeit, stillen Feiern raunen die Zeilen, bringen den Miterlebenden köstliche Stunden. Bilder zeigen uns Spiel und Huldigung, halten Erlebnisse der Jugend fest. Eine Jugendgenossin hat mit leuchtenden Einfühlen in den Geist des Jugendtages lustige Zeichnungen in das Buch gesät.

Nun geht das Werkchen hinaus in das Land, in die Jugendherzen. Ihr Väter und Mütter legt es Euren Jungens und Mädels auf den Weihnachtstisch. Sie werden es Euch danken. Es ist nicht ein, es ist das Buch für die Jugend und für alle, die Jungsein nicht verlernt haben. Ihr Jugendfreunde schafft durch Verbreitung des Buches mit an dem Geist vom Weimar der arbeitenden Jugend. W. L.

*) Das Buch ist zu beziehen vom Hauptvorstand des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, und durch unsere Parteibuchhandlungen. Preis 10 Mark einschließlich Verpackung und Porto. Jugendvereine erhalten (Bestellung beim Hauptvorstand) Rabatt.

Vorgeschichtliche Wirtschaft.

Die wirtschaftlichen Sorgen, die den einzelnen wie die Gesamtheit so schwer bedrücken, zwingen jeden von uns, nach Klarheit über die Grundfragen der Wirtschaft zu streben. Dies Ziel zu erreichen ist aber unmöglich, wenn wir uns nicht darüber Rechenschaft ablegen, wie unsere heutige Wirtschaft im Laufe der Jahrtausende aus den ersten Anfängen entstanden ist. Dieser Rückblick läßt uns nicht nur erkennen, daß das verwickelte Gebäude unserer modernen Wirtschaft in der Luft schweben würde, ohne die Grundlagen, die der Urmensch in fernsten Urzeiten gelegt, und ohne die weiteren Bausteine, die der Mensch der vorgeschichtlichen Zeit in mühseligen Arbeiten auf diesen Grundlagen aufgebaut, dieser Rückblick erleichtert uns auch das Verständnis der modernen, so verwickelten Verhältnisse durch die Erkenntnis ihrer Entstehung in oft überraschender Weise.

Der öffentliche Vortrag, der als dritter dieses Winters am Mittwoch, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im Provinzialmuseum stattfindet, wird daher der vorgeschichtlichen Wirtschaft, im besonderen ihrem Hauptzweige, der Sorge für die Nahrung gewidmet sein.

Provinzialmuseum. Jahreslaufspiel I: Mittwinter, Weihnachten, Neujahr. Sonntag, den 19. Dezember 4 und 6 Uhr nachm. Eintrittskarten Donnerstag und Freitag 8—1 Uhr beim Hauswart. (Eingang Richard-Wagner-Straße.)

„Rund um Halle" benennt sich eine Mappe mit zehn Federzeichnungen von Alfred Wetzner, welche der Verlag Karras & Koennecke, Halle, Mittelstraße, soeben herausgegeben hat. Mit liebevollem Hingeben hat der Künstler traute Winkel, verträumte Dorfreize, Wald- und Wiesenbilder unserer engeren Heimat gezeichnet. Wie prächtig gelungen ist die stille Straßenflucht mit der Kirche von Löbejün oder die freundlichen Skizzen von Collenbey. Lebensvoll der Frühling in der Elsteraue. Ein künstlerischer Blick für das Schlichte und die Eigenart des Heimlichen und eine glücklich geführte Hand leuchten aus den Zeichnungen, die in der guten Ausführung ein treffliches Weihnachtsgeschenk für Freunde der Bildkunst bedeuten.

Verschiedenartige Kulturdokumente. Aus New York wird uns gemeldet: Amerikanische Gelehrte und Militärs sind eifrigst tätig, neue giftige Gase für den Krieg zu erfinden. Die Soldaten der Vereinigten Staaten sollen für den nächsten Krieg Gaspakete als einen Teil ihrer Ausrüstung erhalten. 3 Bataillone von Gastruppen sind im Adgewood-Arsenal ständig mit Untersuchungen über die Wirkung der neuen Gase beschäftigt. Probeobjekte sind vorläufig noch Mäuse, Ratten, Meerschweinchen und Hunde. Das Komitee wird außerdem verstärkt durch eine Gruppe von 50 hervorragenden Chemikern, deren Aufgabe darin besteht, nun auch die nötigen Gegenmaßnahmen zu entdecken. Gegen die offenbar sehr eifrige Tätigkeit amerikanischer Chemiker sticht ehrenvoll die Weigerung des Oxforder Chemieprofessors Dr. Frederic Soddy ab, der Aufforderung der Regierung Folge zu leisten und sich an Erfindungen auf diesem Gebiet zu beteiligen. Der englische Gelehrte erklärte nach der amerikanischen Zeitschrift „The New Republic": „Daß Universitäten und Wissenschaftler doch um einiges höher ständen als irgend etwas, was noch je Ausdruck und Vertretung in den Regierungen gefunden hat, zumal in ihren internationalen Beziehungen."

Ein neuer Vogel in Deutschland. Eine Steppenohrenlerche, die bisher noch nie in Deutschland aufgetaucht war, ist nach einer Mitteilung von Dr. Floericke bei Itzehoe gefunden und der Sammlung der „Süddeutschen Vogelwarte" einverleibt worden. Die Lerche, die im asiatischen Steppengebiet beheimatet ist, streicht im Winter bis nach Nordchina. Ihr Vorkommen im Mai in Holstein, wo sie Konservator Grützner entdeckte, ist um so erstaunlicher, als sie in diesem Monat schon zu brüten pflegt.

Gift für den nächsten Krieg. Die Abteilung für chemische Kriegführung im amerikanischen Kriegsamt, die mit der amerikanischen Chemischen Gesellschaft eng zusammenarbeitet, hat ein Verfahren gefunden, Giftgas in feste Substanz zu verwandeln. Dadurch ist es möglich geworden, jedem Soldaten zu seiner übrigen Ausrüstung ein Päckchen Giftgas zu geben, das er in der Tasche tragen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0006

5. **Jugendliche Personen, welche sich auf dem Gebiete des Kunsthandwerkes durch hervorragende künstlerische Leistungen in ihrem Fache besonders hervorgetan haben.**

Um eine einheitliche gründliche Prüfung dieser Bewerbungen zu ermöglichen, hat der Vorstand beschlossen, betr. Bewerbern zunächst einen Fragebogen zur Ausfüllung zu übersenden. Die Fragebogen werden auch im Büro für Stiftungssachen (neues unentgeltlich verabfolgt.
Sparkassengebäude, Eingang Kl. Steinstr. 8, 1 Tr., Zimmer 22)

Voraussetzung der Gewährung von Unterstützungen an alle Kategorien der Stipendiaten ist, daß sie in dürftigen Verhältnissen lebend, wirklich der Beihilfe benötigen, um ihr Talent nicht durch äußere Not verkümmern zu lassen. Dann aber müssen sie

a) Kinder Hallescher Bürger sein,
b) das 18. Lebensjahr überschritten haben,
c) durch mindestens ein- oder zweijährigen Besuch von Konservatorien, Hochschulen, Akademien oder ähnlichen Ausbildungsinstituten oder auch durch Unterricht bei Privatlehrern oder Privatlehrerinnen ihren Studien mit Erfolg obgelegen haben. Die Stipendiaten sollen möglichst alle ihre Studien in Halle begonnen und Hallesche Institute 2 bis 3 Jahre zwecks ihrer Ausbildung besucht haben.

Bewerbungen werden nur bis zum 28. Dezember d. J. vom Vorstande entgegengenommen. Später eingehende Gesuche bleiben unberücksichtigt.

Beschränkte Höchstdauer der Erwerbslosenunterstützung. Der preußische Wohlfahrtsminister hat mit Wirkung vom 1. Dez. angeordnet, daß Erwerbslosenunterstützung höchstens für die Dauer von insgesamt 13 Wochenn gewährt werden darf; den landwirtschaftlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, ausschließlich der Saisonarbeiter, dem Hauspersonal einschließlich Aufwärterinnen, dem im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe beschäftigten weiblichen Personal, soweit es zur Hauswirtschaft geeignet ist und den Ledigen weiblichen Industriearbeiterinnen, die vor dem Kriege als Dienst- oder Hausmädchen beschäftigt waren.

* **Fürsorgestelle der Stadt Halle für Kriegsbeschädigte.** Infolge Erkrankung mehrer Angestellten der städtischen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte, Neue Promenade 3, und der dadurch entstehenden Mehrbelastung des übrigen Büropersonals fallen die Sprechstunden **Dienstags** und **Freitags** vorläufig aus. Ganz besonders dringende Fälle werden jedoch auch an diesen Tagen erledigt.

Auskunft über Vermißte, Kriegsgräber usw. In letzter Zeit sind wiederholt von Privatorganisationen und Privatvereinen in der Fälle Vermißtenermittlungen erfolgt über Auskunftserteilung an Angehörige vermißter ehemaliger Kriegsgefangener. Wenn auch der gute Zweck und das Bestreben dieser Organisationen, den Angehörigen Vermißter durch Rat- und Auskunfterteilung und durch Auslegung von Such- und Vermißtenlisten zu helfen, nicht verkannt wird, so erscheint es doch im allgemeinen Interesse und zur einheitlichen und genauen Durchführung des so wichtigen Werkes unerläßlich, daß sich nur eine Stelle mit der Nachforschung nach Vermißten beschäftigt. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß das Zentralnachweiseamt für Kriegsgräber und Kriegerverluste in Berlin, Dorotheenstraße 48, die alleinige Stelle ist, die in allen Vermißtenfragen amtliche Nachforschungen anstellt und kostenlose Auskunft erteilt.

Die Gewinnlisten der Tombola befinden sich augenblicklich im Druck und werden von heute mittag an in den Geschäftsstellen der hiesigen Zeitungen, ferner bei der Firma E. Atzmann, in den Zigarrengeschäften von Steinbrecher & Jasper am Markt, R. Heinze, Große Steinstraße, Schulz, Ecke Steinstraße u. Große Ulrichstraße, Max Thümmel, Riebeckplatz, sowie in den durch Hinweis besonders gekennzeichneten Verkaufsstellen gegen ein geringes Entgelt zu haben sein. Die Gewinne können in der auf den Gewinnlisten mitgeteilten Reihenfolge — und zwar nur in dieser — von Donnerstag an bei der Firma E. Atzmann, Große Ulrichstraße, Eingang Spiegelstraße, von 9—2 Uhr täglich in Empfang genommen werden.

Holzarbeiter. (Reichstarifbranchen.) Donnerstag, den 16. Dez., nachmittags ½5 Uhr, im „Volkspark" gemeinsame Branchenversammlung.

Der Naturwissenschaftliche Verein für Sachsen und Thüringen hält seine nächste Sitzung am Donnerstag, den 16. Dezember, abends 8¼ Uhr im Hörsaal des Zoologischen Instituts am Domplatz ab. Vortrag des Dipl.-Ing. Volhard über das Kraftwerk Golpa (mit Lichtbildern). Gäste willkommen.

Ein Theaterabend im Neumarkt-Schützenhaus wurde zugunsten verwundeter Krieger unserer Stadt am gestrigen Abend veranstaltet, dessen Reinertrag als Weihnachtsfreude den in hiesigen Lazaretten befindlichen Kameraden zugedacht ist. Herrn Hagedorn, Direktor der Kammer-Lichtspiele, gebührt als Arrangeur besonderer Dank. Er leitete mit einer Ansprache den Abend ein. Zur Aufführung gelangte unter Spielleitung des Oberregisseurs Heinrich Dodl vom Stadttheater Heidelberg „Die beiden Reichenmüller", ein musikalischer Schwank mit Gesang in 3 Akten von Anton Anno. Drei Akte, welche bis zu Ende die Lachmuskeln in Bewegung hielten. Herr Dodl als Steinklopfer Knoche sei hier besonders hervorgehoben. Auch Herr Fritz Vogel als Blamr und Frl. Luise Dodl in der Tochterrolle seien lobend erwähnt. Frl. Hedwig Jungkurth vom hiesigen Stadttheater gab als Dienstmädchen Sophie eine temperamentvolle Männerfeindin. Fritz Warnecke als Diener konnte gar nicht besser sein. Paul Fügemann und alle übrigen Mitspielenden fanden sich gut in das Gesamtspiel ein. Den musikalischen Teil hatten in dankenswerter Weise Mitglieder des Sipo-Orchesters unter Leitung des Herrn Musikdirektor Kott übernommen und trugen zum guten Gelingen bei. Am 18. Dezember findet in den Kammer-Lichtspielen die Bescherung statt. Geldspenden und Geschenke aller Art für die verwundeten Krieger sind noch sehr willkommen. Herr Direktor Hagedorn ist bereit, Spenden in Empfang zu nehmen. A. ST.

Stadttheater: Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr wird die Oper „Hoffmanns Erzählungen" mit Ernst Possony in den Partien des Lindorf, Coppelius, Dapertutto und Mirakel gegeben. Donnerstag abend 7½ Uhr geht zur Feier von Beethovens 150. Geburtstag die Oper „Fidelio" in vollständig neuer Inszenierung nach Entwürfen von Paul Thiersch in Szene. Neben den Gästen Mizzi Fink (Marzelline), Artur Almster (Pizarro), Oskar Bolz (Florestan) wirken mit: Marie Günzel-Dworski (Leonore), Karlaugust Neumann (Fernando), Cornelius Bark (Rocco), Eugen Albert (Jaquino), Wilhelm Hauel und Kurt Schreiber (Gefangene). Inszenierung und Spielleitung: Leopold Sachse, musikalische Leitung: Felix Wolfes. Freitag nachm. 3 Uhr gelangt als Kindervorstellung bei kleinen Preisen das Weihnachtsmärchen „Die Mausekönigin" oder „Wie der Wald in die Stadt kam" von F. A. Geißler, Musik von Georg Pittrich zur Erstaufführung. Freitag abend 7½ Uhr wird die Operette „Der Zigeunerbaron" wiederholt. Sonnabend „Beethoven-Konzert" unter Leitung von Prof. Alfred Kahlwes. Sonntag nachm. Kindervorstellung bei kleinen Preisen „Die Mäusekönigin". Sonntag abend „Fidelio".

Auf das diesjährige Weihnachtsmärchen „Wie der Wald in die Stadt kam" oder „Die Mäusekönigin" sei wiederholt hingewiesen. Ein echtes deutsches Märchen, poesievoll und doch humordurchdrängt, wird es durch seine leichtverständliche Art in kurzer Zeit der Gesprächsstoff unserer Kleinen sein. Das erste Bild führt uns ins Königsschloß, wo Prinz Adolar auszieht, um den Bann des Tannmännleins zu brechen, der über der Hauptstadt des Königs liegt. Er nimmt sich ein überaus lustiges Kerlchen von der Zunft der Besenbinder mit auf die Reise und gelangt auf eine einsame Insel, wo der Mäuseturm liegt und dortselbst die Mäusekönigin mit ihrem Hofstaat thront. Die kleinen Tierchen helfen nun den jungen Helden in Gefahr und Not den Weg zu dem mächtigen Tannmännlein ausfindig machen. Frau Holle und Knecht Ruprecht, die gerade beim Tannmännlein weilen, bestimmen das Tannmännlein, dem Prinzen zu helfen und den Bann zu brechen, indem er am Weihnachtsabend den Wald in die Stadt tragen läßt. Hier ist in süßer, poesievoller Art die Sitte des Tannenbaums am heiligen Weihnachtsabend versinnbildlicht. „Die Mäusekönigin" wurde im Zentral-Theater Dresden Weihnachten 1905 50mal aufgeführt und von ca. 80 000 Menschen besucht.

Eine Enttäuschung erlebten gestern abend die Besucher der „Loge zu den drei Degen", die gekommen waren, um Paul Bender singen zu hören. Der Künstler war erkältet, so daß der Liederabend nicht stattfinden konnte. Wie wir hören, soll er auf den 21. Januar verlegt werden.

Provinz und Umgegend.

An die Ortsvereine!

Wir ersuchen dringend, in der nächsten Mitgliederversammlung allerorts örtliche Pressekommissionen wählen zu lassen. Es ist das nicht nur darum nötig, daß einige Genossen ständig mit der Werbearbeit für unsere „Volksstimme" beschäftigt sind, sondern auch allen Beschwerdefällen nachgegangen werden kann. Gewöhnlich werden Beschwerden über die „Volksstimme" oder die Volksbuchhandlung in Mitgliederversammlungen lang und breit erörtert, ohne daß sie dort klar gestellt werden können. Wenn aber in jedem Orte eine Pressekommission besteht, so kann diese alle Beschwerdefälle vorher ordnungsgemäß prüfen, eventuell nach Rückfragen beim Verlag, und dann in den Versammlungen darüber berichten. Dadurch erübrigen sich zwecklose Erörterungen in den Mitgliederversammlungen.

Der Bezirkssekretär, Verlag und Preßkommission der „Volksstimme".

Bezirkskonferenz der Arbeiterjugend.

Am Sonntag tagte in Wilsdorfs Gesellschaftshaus zu Halle die ordentliche Konferenz der Arbeiterjugend für den Bezirk Halle. Der Besuch war gut. Nach der Eröffnung durch den Genossen Herzig überbrachte Genosse Drescher die Grüße der Parteiorganisation und wünschte der jungen kämpfenden Schar auch weiterhin Glück und Fortentwicklung.

K. Garbe hielt dann einen vortrefflichen Vortrag über unsere Jugendbewegung. In planmäßiger Weise führte Genosse Garbe den anwesenden Delegierten den Werdegang unserer Bewegung vor Augen, streifte dabei unsere Forderungen betr. Jugendschutz, Bildung und Wissen. Die Arbeiterjugend ist ein Teil der modernen Arbeiterbewegung, die Trägerin einer neuen Zeit. In ihr spiegelt sich ein Stück sozialistische Kultur.

Den Beifall, welchen die Konferenz dem Gen. Garbe am Schluß zollte, zeigte, daß die anwesenden Vertreter den richtigen Weg zur Erreichung unseres Zieles erkannt haben und mit den Worten des Referenten ihr innerstes Sehnen und Denken Form und Ausdruck bekam.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Genosse Herzig den Geschäftsbericht. In langsamer, zäher Arbeit ist unsere Jugend auch hier im Bezirk am Werke, sich eine ausschlaggebende Position zu schaffen. Daß wir wachsen und gedeihen, bewiesen die Ausführungen des Referenten über den Stand unserer Bewegung. Konnten wir an Ortsgruppen und Mitgliederzunahme einen guten Erfolg im verflossenen Jahr verbuchen, so ist leider der Stand unserer Finanzen kein erfreulicher. Wir hoffen aber, auch hier bald Remedur schaffen zu können.

Hierauf richtete Genosse Albrecht (Berlin) als Vertreter des Hauptvorstandes einige Begrüßungsworte an die Versammlung.

Die Diskussion, an der sich die Genossen Richter (Bitterfeld), Röstel (Halle), Naumann (Roßleben), Rödiger (Naumburg), Buchmann (Königerode), Matke (Delitzsch), Frischkorn (Merseburg), Schmidt (Roßbach), Oehlschläger (Halle) beteiligten, ergab eine Fülle von Anregungen.

Genosse Albrecht (Berlin) legte dann in einem längeren Referat die wichtigsten organisatorischen und agitatorischen Fragen unserer Bewegung dar und brachte so in manchen Punkten wichtige Aufklärung.

In den Bezirksvorstand wurden die Genossinnen Bauer und Eberlein, sowie die Genossen Herzig, Mangelsdorf, Möllhof, Naumann und Wort gewählt.

Genosse Garbe lehnte eine Wiederwahl infolge Arbeitsüberlastung ab.

Unter Punkt: Anträge und Verschiedenes wurden einige wichtige Fragen, wie Jugendkurse, Unterbezirkseinteilung, Zeitungswesen usw. erledigt.

Mit der Aufforderung, weiter treu zur Organisation zu stehen und zu agitieren, schloß der Vorsitzende, Genosse Herzig, die für unsere Bewegung so äußerst wichtige Konferenz.

*Mit dem Gesang des Kampfliedes der Jugend fand die Tagung einen würdigen Abschluß.

W. H.

An die Ortsgruppen der Arbeiterjugend!

Der neugewählte Bezirksvorstand hat sich folgendermaßen konstituiert: 1. Vorsitzender: Gen. Herzig; 2. Vorsitzende: Genossin Bauer; 1. Kassierer: Gen. Naumann; 2. Kassierer, Gen. Möllhoff; Schriftführer: Gen. Wort; Expedient: Gen. Mangelsdorf; Erledigung der Mädchenfragen: Genossin Eberlein. Alle Zuschriften sind wie bisher an die alte Adresse zu richten.

Mit freiem Jugendgruß
Wilh. Herzig.

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt

hielt am 11. Dezember eine Vertreter-Versammlung ab. Sie war von den gewählten Vertretern der Arbeitgeber und Versicherten fast vollständig besucht. Zunächst wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes erstattet. Er gibt kein erfreuliches Bild der Geschäftsentwickelung. Die Zahl der Versicherten ist auf rund ¾ Millionen gestiegen. Die Beitragseinnahmen stiegen von 12½ Mill. Mk. im Jahre 1918 auf 14½ Mill. Mk. im Jahre 1919. Dagegen stiegen die Rentenleistungen von 12 auf 17½ Mill. Mk. Die Zahl der neu gewährten Renten stieg nur um ein geringes, nämlich von 18971 im Jahre 1918 auf 20 728 im Jahre 1919. Die so gesteigerten Ausgaben sind auf die erhöhten Teuerungszulagen zu den Renten zurückzuführen, die augenblicklich 30 Mk. monatlich zu jeder Invaliden-, Kranken- usw. Rente betragen. Im Jahre 1919 wurden im Bezirke der Anstalt (Provinz Sachsen und Anhalt) über 34 Millionen Wochenbeitragsmarken umgesetzt. Umgetauschte Quittungskarten gingen rund ¾ Millionen ein; sie werden im Kartenarchiv der Anstalt aufbewahrt. Insgesamt lagern dort rund 20 Millionen Quittungskarten. In der Aussprache über den Geschäftsbericht wurde bemängelt, daß das Vermögen mit 133 Mill. Mk. angegeben ist. Dabei seien die Wertpapiere mit dem Nennwert eingesetzt. Würde der Kurswert eingesetzt, so käme nur eine Summe von 107 Mill. Mk. heraus. Von Vorstandsseite wurde erwidert, daß das Vermögen im Hinblick auf die laufenden Verpflichtungen (Renten) ein geringes sei und den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. In der Aussprache wird weiter gewünscht, daß durch Ausbau der Lohnstufen in der Invalidenversicherung mehr solcher Gehaltsklassen geschaffen werden. Gehören doch zurzeit alle Versicherten mit dem Jahresarbeitsverdienst von mehr als 1150 Mk. der höchsten (5.) Lohnklasse an. Bemängelt wurden weiter verschiedene Zustände in einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke und einer Heilstätte. Es wurde vom Vorstand tunlichste Hilfe zugesagt. Nachdem die Entlastung der Jahresrechnung für 1919 ausgesprochen worden war, wird die Wiederwahl der Prüfungskommission für das Jahr 1921 vorgenommen. Der Voranschlag auf das Jahr 1921 sieht in Einnahme und Ausgabe die Summe von 55½ Mill. Mk. vor. Die Beitragseinnahme ist wegen der Erhöhung des Wochenbeitrags von 13½ auf 42½ Mill. Mk. hinaufgesetzt worden. Die Ausschußsitzung erhöht die vorgeschlagenen Ausgaben für Waisenhauspflege und Kinderfürsorge, da diese Fürsorgezweige ausgestaltet werden sollen.

Eine umfangreiche Satzungsänderung bildete den bedeutungsvollsten Gegenstand der Verhandlungen. Es handelt sich dabei um eine **Demokratisierung** der Verwaltung. Bisher wurden eine Reihe wichtiger Geschäfte wie Rentenfestsetzungen, -entziehungen usw. von den „beamteten" Vorstandsmitgliedern allein versorgt, die von der Provinzialbehörde eingesetzt sind. Nunmehr ist eine besondere Vorstandsabteilung gebildet worden, der auch Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten angehören und die eine Reihe solcher Fragen zu entscheiden hat. Dahin gehört vor allem die Vertagung und Entziehungen von Renten, Witwengelder und Waisenaussteuer, Ablehnung von Heilverfahren usw. Ebenso wurde eine besondere Abteilung des Ausschusses eingesetzt, die eine Reihe neuer Befugnisse bekommen hat, wie die Ueberwachung der Heilanstalten usw. Schließlich wurden noch Gehaltsangelegenheiten der Kontrollbeamten und Baufragen erledigt.

Sie zeigen ihr wahres Gesicht.

Die Landbünde bezeichneten sich bisher immer, um Dumme zu fangen, als neutral. Wir haben schon immer darauf hingewiesen, daß diese Behauptung unwahr ist. Die reaktionären Tendenzen des „Bundes der Landwirte" lebten in den einzelnen „Landbünden" nach der Revolution weiter.

Jetzt hat sich diese Tatsache vor aller Welt enthüllt, der Landbund hat sich mit dem ehemaligen „Bund der Landwirte" verschmolzen.

Zurzeit der Revolution konnte man diese Offenheit nicht wagen. Damals bildete man eigens zur Verblendung der Dummen neben dem Bunde der Landwirte den Landbund. Jetzt aber läßt man die Maske fallen. Der alte „Bund der Landwirte" ist wieder da. Der Landbund kann abtreten.

Was tut die Arbeiterschaft angesichts dieser neuen reaktionären Gefahr? Nicht genug, daß sie sich politisch zerfleischt wollen wahnsinnige Linksradikale auch noch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, zertrümmern. Der Deutsche Landarbeiterverband vor allem muß auf dem Posten sein. Er ist zunächst dazu berufen, dafür zu sorgen, daß die Bäume des Landbundes nicht in den Himmel wachsen. Der Einheitsfront der Agrarier muß eine Einheitsfront der Landarbeiter gegenüberstehen. Erst wenn jene unheilvollen Elemente, die die Arbeiterschaft immer weiter spalten und schwächen, ihre Verhetzerrolle ausgespielt haben und der zersetzende Einfluß solcher Wirrköpfe von der klar denkenden Arbeiterschaft ausgeschaltet sein wird, dann erst wird das werktätige Volk in der starken, festgefügten Sozialdemokratischen Partei der Reaktion ein unüberwindliches Bollwerk entgegensetzen können.

Gefährliche Gewebestoffe.

Mehrere in letzter Zeit vorgekommene Unfälle lassen darauf schließen, daß die während des Krieges zur Anfertigung von Kartuschbeuteln im Auftrage der Heeresverwaltung hergestellten Gewebe später in den Handel gekommen sind und u. a. unter der Bezeichnung „Kunstseide" vertrieben werden. Diese Stoffe verbrennen entsprechend ihrem eigentlichen Verwendungszweck bei Entzündung, ja sogar schon bei Erwärmung überaus heftig, unter Umständen explosionsartig.

In einem Falle ging einem Arbeiter plötzlich, vermutlich durch eine Zigarette, das aus derartigem Stoff gefertigte Hemd in Flammen auf. Der Arbeiter erlag den hierdurch erlittenen Brandwunden. In einem anderen Falle explodierte der als Futter zu einem Bekleidungsstück verwendete Stoff beim Plätten, wodurch großer Sachschaden verursacht wurde. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser fälschlich als Kunstseide bezeichnete Kartuschbeutelstoffe muß daher eindringlich gewarnt werden. In Zweifelfällen ist ein etwa fingerlanges und zwei Finger breites Stückchen des Stoffes anzuzünden; Pulvergewebe brennt dann fast augenblicklich ab. Wegen dieses schnellen Abbrennens ist der Versuch abseits von anderen leicht brennbaren Gegenständen, insonderheit von dem auf Lager befindlichen Stück des Gewebes und so anzustellen, daß das zu verbrennende Gewebestückchen nicht zwischen den Fingern gehalten wird.

Kartuschbeutelstoffe, die bei der Verbrennungsprobe plötzlich verbrennen, sind Sprengstoffe; für deren Besitz und Vertrieb nach dem Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 ein Sprengstofferlaubnisschein nötig ist. Verstöße gegen dieses Gesetz sind mindestens mit Gefängnisstrafe von drei Monaten bedroht, also ist größte Vorsicht in doppelter Hinsicht geboten.

Merseburg. Stadtverordnetensitzung. (Fortsetzung des gestrigen Berichtes.). Gen. Krüger: Ich bin der Meinung, daß jetzt im Haushaltsplan nichts mehr zu ändern ist, wir stehen aber auf dem Standpunkt, daß eine eingehende Beratung des Haushaltsplanes erfolgen muß. Selbst möchte ich noch sagen, daß wir die Einziehung der Straßensteuer gern denen überlassen, die die Anregung dazu gegeben haben. Es trifft nur wieder die ärmeren Kreise, die sich ein paar Zentner Kohlen fahren lassen. Man sollte lieber den Moischauer Bauern einen Obulus für ihre Mistfuhren abnehmen. Die Erhebung der Grundsteuer durch den Staat steht noch in den Kinderschuhen, und wenn sie erhoben wird, betrifft sie wahrscheinlich die Landwirtschaft und nicht die Städte. Man soll nicht mit solchem opponieren, was noch nicht einmal über den Stand der Erwägungen hinaus ist. (Beifall links.)

Stadtv. Teller (Dem.) führt als Berichterstatter zum 4. Punkte aus, daß die reichssteuerfreien Beträge für Kinderlose und Unverheiratete, deren steuerbares Einkommen 6000 Mark nicht überschreitet, besteuert werden. Mit jedem Kinde erweitert sich die steuerfreie Grenze um 1000 Mark. Der Betrag der Steuern wird gebraucht, und wenn wir nicht die Steuern erheben, dann kommt der Staat selbst und nimmt nach den §§ 7 und 28 die Steuern in Anspruch.

Gen. Stoye (Soz.): Ich bin ganz entschieden gegen diese unsoziale Steuererhebung. Hier muß eine andere Form gefunden werden. Wir können nicht zustimmen, daß ein Arbeiter mit 15 000 Mk. Einkommen und drei Kindern noch seinen einkommensteuerfreien Teil versteuert bekommt. Ich bin überzeugt, daß überhaupt kein Arbeiter oder Angestellter diese Steuern bezahlen kann. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob eine Verfügung zur Erfassung der Grundsteuer von seiten des Reiches ergangen ist, daß, wenn die Städte die Steuern nicht erheben, der Staat die Steuer erhebt.

Stadtv. Teller (Dem.): **Die vorgesehenen Steuersätze sind nicht sehr erheblich. (!)**

Gen. Krüger (Soz.): Dem Kollegen Teller ist ein kleiner Irrtum unterlaufen, die Sätze betragen für ein kinderloses Ehepaar 168 Mark, mit einem Kind 211 Mark, sie steigern sich mit zwei Kindern um 90 Mark. Es wirkt eigentlich drastisch, während man immer bestrebt ist, den kinderreichen Familien entgegenzukommen, ist dieses, wie es der Magistrat vorschlägt, umgekehrt der Fall. Wir wünschen, daß die Steuererhebung so getroffen wird, daß die Familien mit Kindern möglichst steuerfrei bleibt. **Es gibt Mittel, einen anderen Weg zu finden.** Die steuerfreie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0007

Grenze bei Kindern von 1000 Mark müßte höher sein. In Merse- ein Hemd auf dem Leibe zu haben, und dieses wollen Sie versteuern. Wir sind dafür, daß die Familien entlastet werden.

Nach längerer Debatte wird endlich zur Abstimmung geschritten. Für den Antrag des Magistrats werden 15 Stimmen gezählt, dagegen ebenfalls 15 Stimmen. Es erfolgt nochmalige Abstimmung. Für den Antrag des Magistrats: Besteuerung des reichseinkommensteuerpflichtigen Teiles, stimmen die Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei und die Demokraten mit 16 gegen 15 Stimmen der Neukommunisten, Rechtsunabhängigen und Sozialdemokraten. Die ausschlaggebende Stimme gab der Stadtverordnetenvorsteher Junker. Als ein Zeichen der Not (???) ist in Erwägung zu ziehen, daß unter den Demokraten, die für den Antrag stimmten, fünf städtische Beamte zu finden waren. Weiter, daß ein Mitglied der Rechtsunabhängigen vorher den Saal verlassen hatte. Jedenfalls scheint nach dieser Abstimmung die Not der städtischen Beamten nicht so groß zu sein, um nach Arbeitsschluß einem Nebenerwerb nachzugehen. Was werden nun die Kollegen dazu sagen?

Der Haushaltsplan für das Jahr 1920 wurde angenommen.

Zu Punkt 5: Festsetzung der Kanalbenutzungsgebühren, beleuchtete Stadtv. Vollrat (Dem.) die Not der Hausbesitzer, wenn diese die Lasten zu tragen haben. Mit 25 Proz. Mietserhöhung kann kein Hausbesitzer existieren. (Selbstverständlich hat Herr Vollrat vergessen, anzuführen, daß die meisten Hausbesitzer schon lange 60, 80, 120, ja bis 400 Proz. mit ihren Mieten gestiegen sind.)

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Magistrats angenommen.

Punkt 6: Genehmigung des 2. Nachtrages zur Ortssatzung für die bauliche Erweiterung der Stadt Merseburg, und Punkt 7: Bewilligung der Mittel für den Einbau von Schornsteinen für Jugendheim im Kloster wurde auf Begründung des Berichterstatters angenommen.

Punkt 8: Erhöhung der Entschädigung für Lehrstunden an den Fortbildungsschulen und für Turnstunden wird nach Begründung des Berichterstatters Stadtv. Frauenheim wie folgt zugestimmt: Bis zum 5. Jahre für Fortbildungs- und Turnlehrer einheitlich pro Stunde 7 Mark, nach 5 Jahren 7,50 Mark.

Zu Punkt 9: Bewilligung des Anteils für Verbilligung der Kartoffeln, wird nach Begründung des Gen. Krüger (Soz.) zwecks Klärung der Sachlage zurückgestellt.

Punkt 11: Erhöhung des Stationsgeldes für die Schwestern im Alters- und Andreasheim, wird angenommen.

Punkt 12: Uebernahme der Bürgschaft für die Merseburger Baugesellschaft, wurde nach kurzer Berichterstattung angenommen.

Zu Punkt 17: Bewilligung von Kosten für die Instandsetzung der Heizungsanlage im Alten Rathause, werden 2600 Mark bewilligt.

Punkt 18: Beitritt zur Auskunftsstelle deutscher Städte in Angelegenheiten der städtischen Schulen, wird angenommen.

Es liegt ein Schreiben des Herrn Hemprich vor, wonach die Jugendvereine im Herzog Christian ersuchen, die hohen Kosten für Heizung zu ermäßigen. Dieser Bitte wurde entsprochen. Schluß der Tagung 10.30 Uhr.

Merseburg. Von der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Am Freitag, den 10. d. M., fand die ordentliche Ausschußsitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse unter recht schwachem Besuch der Vertreter statt. Trotzdem die Tagesordnung eine reichhaltige war und schwerwiegende Beschlüsse gefaßt werden mußten. Zu Punkt 1: Freie Arztwahl, hielt der stellv. Vorsitzende Rienäcker über die Aerzteverträge ein kurzes Referat. Er stellte fest, daß mit den bis jetzt amtierenden Vertragsärzten sehr gut gearbeitet werden konnte und sprach ihnen im Namen des Vorstandes dafür Anerkennung aus. Einstimmig wurden die Aerzteverträge genehmigt. Mit dem 1. Januar 1921 tritt nun die freie Arztwahl in Kraft. Unter Punkt 2: Erweiterung der Familienhilfe, referierte Herr Emanuel (Vorstandsmitglied). Es wurde bis jetzt nur Sterbegeld gewährt. Für Ehefrauen waren bei Zusatzbeiträgen Arzt, Medikamente, kleine Heilmittel usw. frei. Jetzt ist für Frau und Kinder freie Verarztung, 50 Proz. zu Medikamenten, Zuschüsse zur Krankenhausbehandlung usw. frei. Auch dieses wurde einstimmig beschlossen und tritt am 1. Januar 1921 in Kraft. Punkt 3 behandelt die Festsetzung des Voranschlags für 1921. Er ist sehr vorsichtig mit einer Einnahme von 1 317 710 Mark und einer Ausgabe von 1 307 950 Mark aufgestellt. Ueber diesen Punkt referierte der Rendant Steinecke. Auch hier erfolgte einstimmige Genehmigung. Also auch hier haben die Vertreter der Krankenkasse bedeutende Schritte im Interesse der Volksgesundheit sowie der Mitglieder und ihrer Angehörigen getan. Es soll auch vorläufig bei 5 Proz. Beiträge bleiben. Der stellv. Vorsitzende gab noch bekannt, daß die Betriebskrankenkasse der Firma Gebr. Dietrich sowie Blantewerke beschlossen haben, sich aufzulösen und sich der Allgemeinen Ortskrankenkasse anzuschließen. Hoffen wir, daß dies Nachahmung bei der Baugewerkskasse und der Firma Grole findet, damit die letzten Zwergkassen verschwinden.

Merseburg. Mitgliederversammlung der SPD. Sonnabend abend fand unsere leidlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Gen. Mehler hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über das Siedlungswesen. Er erläuterte das Gesetz näher und behandelte alle Möglichkeiten, Siedlungsland zu bekommen. Besonders klar zeigte der Referent die Notwendigkeit der Sozialisierung der großen Güter. Der Referent erntete reichen Beifall.

An der sich an den Vortrag anschließenden Diskussion beteiligten sich die Gen. Hiebert, Frischkorn und Trillhase. Gen. Mehler beantwortete im Schlußwort verschiedene an ihn gerichtete Anfragen. Hierauf ging der Vorsitzende zum Punkt: Verschiedenes über und brachte seine Entrüstung zum Ausdruck, daß die Stadt Merseburg den Kartoffelpreis plötzlich von 27 auf 40 Mark pro Zentner festgesetzt hat. Dabei gedachte er der Familien, die sich schon bei einem Preise von 27 Mark keine Kartoffeln kaufen konnten und nun 40 Mark bezahlen sollen. Dies seien unhaltbare Zustände, und wenn hier keine Aenderung eintritt, würde es so weit kommen, daß diese Familien sich die Kartoffeln selbst aus den Mieten holen. (Großer Beifall und Entrüstung.) Gen. Frischkorn hob hervor, daß die Bauern ihre Kartoffeln zurückhalten, um höhere Preise zu erzielen bzw. in die Brennereien schicken, wo sie gut bezahlt werden. Gen. Bauer, der zur hiesigen Kartoffelkommission gehört, schilderte, daß der Stadt Merseburg bereits eine Kartoffelmiete von 1200 Zentner verdorben ist (hört, hört!) und die hohen Preise wohl darauf zurückzuführen sind. Gen. Frischkorn berichtet noch über die Gründung der Arbeiter-Jugendorganisation und fordert alle Mitglieder auf, ihre Kinder der Jugendorganisation zuzuführen. Schluß der Versammlung 11.30 Uhr. H.

Weißenfels. Brotmarkenausgabe am Donnerstag, den 16. Dezember, von 8 bis 10½ Uhr, werden am Tisch I: Leipziger Straße 1—59, Tisch II: Leipziger Straße 60—Schluß, Tisch III: Alte Leipziger Straße, Lagegaststraße, Lessingstraße, Tisch IV: Langendorfer Straße; von 10½ bis 1 Uhr, Tisch I: Am Markt, Markt, Tisch II: Lutherstraße, Tisch III: Marienstraße, Tisch IV: für etwaige Nachzügler, abgefertigt.

Weißenfels. Vom Magistrat. Der Magistrat hat in seiner Sitzung folgende Beschlüsse gefaßt: In der ehemaligen Linkschen Trommelfabrik, die in den Besitz der Stadt übergegangen ist, soll ein Ledigenheim mit etwa 40 bis 50 Betten eingerichtet werden. — Zur Behebung der Arbeitslosigkeit werden eine große Reihe von Arbeiten seitens des Stadtbauamtes in nächster Zeit in Angriff genommen werden. — Der Bürgersteig in der Klosterstraße soll mit Mosaikpflaster neu hergerichtet werden; zwei Drittel der Kosten trägt die Stadt, ein Drittel die Anlieger. — In verschiedenen Klassen der Bürgerschule soll elektrisches Licht angelegt werden.

Langendorf. Räuberischer Ueberfall. Beim Landwirt Kirche drangen spät abends zwei Räuber ein. Mit vorgehaltenem Revolver verlangten sie 20 000 Mark. Als sie diese nicht erhielten, fesselten sie die Eheleute und transportierten sie nach dem Keller. Dann stahlen sie aus dem Geldschrank 3500 M. und machten sich davon.

Zeitz. Aus der Parteibewegung. Genosse Bauer-Magdeburg arbeitete in der letzten Woche in unserem Kreise, und sprach in den Orten Huckewalde, Gleina, Geußnitz, Rasberg, mit gutem Erfolg über das Thema: „Bolschewismus oder Sozialdemokratie", es dämmert auch in unserer „Kommunisten-Ecke". Die Bewegung werden wir nun ausnützen und es wird vorwärts gehen, wenn sich der „Ober"kommunist Schippe auch wundert, daß wir Sozialdemokraten noch leben; gar lustig und gerne, lieber „Moskowiter", er soll noch manches von uns hören. Der Partei wurden neue Mitglieder und der Volksstimme neue Leser zugeführt.

Mücheln. Versammlung der S. P. D. Vergangenen Donnerstag sprach hier der Gen. Butenschön (Halle) über das Thema „Was geht in Deutschland vor". Der Referent verstand es den erschienenen Besuchern (leider litt auch diese Versammlung unter der allgemeinen Versammlungsmüdigkeit) in fesselnder Weise ein Bild von der schwierigen Lage des gesamten mitteleuropäischen, insbesondere des deutschen Wirtschaftsmarktes zu entrollen und die sich daraus ergebenden politischen Konsequenzen zu zeigen. Trefflich wies er die Schuld der wahren Reichs- und Volksverderber der alldeutschen „Nationalen" an unserem Zusammenbruch und jetzigen Elend nach. Einige in der Diskussion auftretende Neu-„kommunisten" vermochten nicht den Eindruck des Referates zu verwischen, denn sie wurden im Schlußwort gehörig abgeführt.

Delitzsch. Volkshochschule. Mittwoch, den 15. Sept.: Präp.-Lehrer Schwarzlose, Das Schauspiel der Woche, fällt aus, da das von der Volksbühne aufgeführte Stück keiner Besprechung bedarf. ½8—½9 Uhr im Physiksaal: Studienreferendar Saalfeld, Mechanik ½9—½10 Uhr in Klasse 2: Prorektor Dr. Schröder, Von der sozialen Utopie zum wissenschaftlichen Sozialismus.

Delitzsch. Weihnachtszucker. Vom 18. bis 24. Dez. wird in sämtlichen Verkaufsstellen auf Abschnitt Nr. 16 der Lebensmittelscheine 1 Pfund Inlandszucker für 3,80 Mark abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen, da lose Abschnitte nicht beliefert werden. Eine spätere Belieferung findet gleichfalls nicht statt.

— Zuckerdiebstahl. In der Nacht zum Sonnabend wurden aus der hiesigen Zuckerfabrik durch Einbruchsdiebstahl mehrere Zentner Rohzucker gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur. Auf die Ermittelung derselben ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Wolfen. Ein gewissenloser Bursche. Der Landwirt Louis B. lieferte zwei ausgeschlachtete Rinder an die Anilinverwertungsgesellschaft, die das Fleisch in der Küche ihrer Farbenfabriken verwandte. Damit die Sache nicht verdächtig wurde, verschaffte sich B. zur Stempelung des Fleisches einen Trichinenbeschaustempel. Der Betriebsrat des Werkes schöpfte Verdacht und ließ einzelne Fleischteile nachträglich durch einen Sachverständigen untersuchen. Dabei stellte sich heraus, daß das Rind vollständig tuberkulös war. — Die kaum noch zu überbietende Gewissenlosigkeit, mit der B. die Volksgesundheit durch den Vertrieb tuberkulösen Fleisches bedrohte, erfährt hoffentlich recht bald eine exemplarische Bestrafung.

Roitzsch. Von den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. In der am Sonntag, dem 5. Dezember, stattgefundenen Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Roitzsch, wurde beschlossen, eine Weihnachtsfeier am 19. Dezember im Gasthofe zur Glocke stattfinden zu lassen. An die Hinterbliebenen und Mitgliederkinder soll dort eine Summe von 1100 Mark zur Verteilung kommen, welche aus Ueberschüssen von Veranstaltungen gesammelt wurde. An die Gemeindevertretung wurde eine Eingabe zur Erlangung einer Weihnachtsbeihilfe für Hinterbliebene gerichtet. Weiter wurde in Erwähnung gebracht, daß am 9. Januar 1921 im Eichamt Bitterfeld eine Kreisversammlung der Ortsgruppenvorstände des Kreises Bitterfeld stattfinden soll. Vom Landbund wurden 40 Zentner Kartoffeln überwiesen, welche am 7. Dezember zur Verteilung gelangten. Die Generalversammlung findet am 2. Januar 1921, 2 Uhr, im Vereinslokal statt.

Closchwitz. „Ist Religion Privatsache?" Ueber dieses Thema sprach hier am Sonntag abend in Richters Gasthof der Gen. K. Garbe (Halle) vor einer sehr andächtigen Zuhörerschaft. Leider war diese Veranstaltung nicht so gut besucht wie die letzte hier stattgefundene Versammlung unserer Partei. Besonders machte sich das Fehlen vieler Frauen bemerkbar. Genosse Garbe behandelte das aufgestellte Thema sehr präzise und packend und hat wohl damit so manchen unserer Genossen tiefer in die Ideenwelt des Sozialismus eingeführt. Der Redner schloß mit der Mahnung, daß sich jeder einzelne Kämpfer für unsere Sache, als Apostel und Verkünder einer neuen und wahren Religion fühlen müsse und durchdrungen von dieser Erkenntnis zu jeder Stunde an der Verbreitung unserer Bewegung mitwirken muß. Helft den Sozialismus zum Siege und ihr schafft damit die Vorbedingungen für die endliche Befreiung der Menschheit aus der jetzigen Nacht der Finsternis und Erdenqual. Genossen, handelt nun nach diesen Worten, werbt für unsere Organisation und Presse.

Roßla. Oeffentliche Frauenversammlung. Vergangenen Sonntag sprach hier die Genossin Röpert (Halle) über die verelendenden Folgen des Krieges für das weibliche Geschlecht. Ihre Ausführungen gipfelten darin, daß es Pflicht aller Frauen und Mütter ist, für die Beseitigung des jetzigen kapitalistischen Systems mit seinen verderblichen Auswüchsen, Krieg, gesunkene Moral, verkommene Sitten usw., zu sorgen. Notwendig dazu ist aber auch der Zusammenschluß der Frauen in der dieses System bekämpfenden, sozialdemokratischen Partei. Erfreulich war, daß Rechtsunabhängige und SPD. eine gemeinsame Front gegen die Moskowiter einnahmen, die infolgedessen eine gründliche Abfuhr erlitten. Die Aeußerungen eines Kommunisten wurden als nicht zur Sache gehörig, ganz energisch zurückgewiesen. In Zukunft wird auch hier wieder praktische Arbeit geleistet werden, um auf demokratischem Wege zum Sozialismus zu gelangen.

Frose. Eine glückliche Gemeinde. In öffentlicher Verpachtung vergab die Gemeinde auf zwei Jahre den Torfstich auf den Gemeindewiesen am Königsauer Wege. Das 6½ Morgen große Gelände, welches in 12 Parzellen ausgeboten wurde, erzielte einen Gesamtertrag von 128 500 Mark. Der Morgen Wiese Torfausbeute wurde demnach durchschnittlich mit 20 000 Mark bewertet. Die Gemeindevertreterversammlung erteilte den Zuschlag und faßte Beschluß über die Verwendung des Erlöses als Stammkapital. Innerhalb Jahresfrist hat die Gemeinde aus Torfstichverpachtungen als unvorhergesehene Einnahme 265 000 Mark buchen können.

Schkeuditz. Eine Anzahl neue Leser begrüßt die „Volksstimme" mit ihrer heutigen Ausgabe auch in unserem Orte, mit dem Wunsche, an ihnen nicht nur eifrige und treue Leser, sondern auch fleißige Werber für unsere Parteipresse und damit erfolgreiche Pioniere der sozialdemokratischen Partei zu erlangen.

Das Wahlergebnis der kommenden Landtagswahl kann und muß schon ein Maßstab dieser Werbetätigkeit sein. Leider mußte infolge Verlustes des Bestellbriefes das Adressenverzeichnis nochmals eingefordert werden, wodurch die Verzögerung der Zeitungszustellung entstand. Auf Anfordern wird den Lesern die Zeitung eventuell nachgeliefert

Liebenwerda. Die Rechtsauskunftsstelle beim Kreiswohlfahrtsamt wurde im Monat November 1920 von 127 Personen (55 Männern und 72 Frauen) in Anspruch genommen. In 48 Fällen erfolgte mündliche Auskunft, während 79 Fälle schriftliche Bearbeitung mit 83 Schriftsätzen erforderten.

Burg. Reinfall eines Wucherers. Bei einem Landwirt in der Oberstraße erschienen vergangene Woche mehrere Herren im Auto, die Weizen kaufen wollten. Nach längeren Verhandlungen, bei denen für 200, dann 300 und gar 400 Mark für einen Zentner angeblich keiner zu verkaufen war, erhielten die Käufer schließlich für 500 Mark etliche Zentner. Nach gutem Zureden der Käufer, noch einen Zentner für einen dritten nicht anwesenden Freund abzulassen, begab sich der Landwirt auf sein Grundstück, um auch diesen verlangten Zentner zu holen. Inzwischen wurde aber das Auto angekurbelt und die Käufer fuhren davon, der Landwirt hatte das Nachsehen. Jetzt soll der Wucherer nun von irgendeinem Ort unter jedenfalls falschem Namen den Betrag von 500 Mark insgesamt übersandt bekommen haben. Der Reinfall war also ein glänzender. Ein Skandal aber bleibt es, daß die Landwirte ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, sondern aus Profitgier große Getreidemengen in die Hände von Schiebern gelangen lassen.

Aus aller Welt.

Kattowitz, 15. Dezember. Ein Banditenstreich. Gestern nachmittag überwältigten auf der Emilenzgrube zwei maskierte bewaffnete Banditen den Kassenbeamten, der gerade mit Geldzählung für die heute mittag erfolgende Lohnzahlung beschäftigt war. Sie raubten 260 000 Mark und entkamen.

Aus dem Geschäftsverkehr.

Die Frage an den Weihnachtsmann beschäftigt jetzt alle Gemüter. Mehr denn je muß heute in der Zeit aufgezwungener Sparsamkeit der Sinn auf das Praktische gerichtet sein. Da Millionen dem Radsport huldigen, liegt dieses Gebiet am nächsten. Es kann ja auch nichts eines Radlers oder einer Radfahrerin Herz mehr erfreuen als z. B. ein „Philag-Fahrradlichtmotor", der jeden ein für allemal von allen Lichtkosten und Beleuchtungsschmerzen befreit. Aufschluß darüber gibt eine bei den Fahrradhändlern oder der Philipps-A.-G., Frankfurt (Main)-Rödelheim erhältliche Gratisflugschrift „Jeder sein eigener Lichterzeuger". — — —

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen angekündigt werden. Auch Todes- u. Beerdigungsmeldungen von Mitgliedern dient diese Rubrik.

Freier Sängerchor Halle M. d. D. A. S. B. **Freitag,** abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Stadt Dresden", Martinstr.: **Uebungsstunde. — Donnerstag, abends 7 Uhr,** treffen sich die Sangesbrüder an der Ecke der Magdeburger- und Meckestraße. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Die für das Rechnungsjahr 1920 von den städtischen Körperschaften beschlossene Erhebung von Zuschlägen zu den Realsteuern hat die Genehmigung der zuständigen Behörde erhalten.

Es werden demgemäß im Rechnungsjahre 1920 erhoben:

a) 492 Proz. des Ertrages der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer in Form einer Gemeindegrundsteuer von 14,5 Proz. des jährlichen Nutzungswertes der steuerpflichtigen Grundstücke,

b) 506 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer gleich 452 Proz. der sich aus der besonderen Gewerbesteuer-Ordnung der Stadt Halle ergebenden Steuersätze,

c) 100 Proz. der staatlich veranlagten Betriebssteuer,

d) neben der für die Ableitung der Fäkalien bestimmten festen Gebühr von ½ Proz. des Nutzungswertes des Grundstücks eine Kanalbenutzungsgebühr von 4,7 Proz. des Nutzungswertes der angeschlossenen Wohnungen.

Halle, den 14. Dezember 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an, von **Kakao an Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen,** ferner von **Trockenei** und von **Fleisch- und Wurstkonserven oder Roßgulasch an alle Haushalte** in der Talamtschule am Donnerstag, den 16. Dezember. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 68 500 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 68 501 bis 72 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mark, an jede Person der Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen 50 Gramm Kakao zum Preise von 1,50 Mark für 50 Gramm, ferner an jede Person aller Haushalte 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 3 Mark für 50 Gramm und eine ½-Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mark oder eine ½-Kilo-Dose oder eine 1-Kilo-Dose Roßgulasch abgegeben werden. Der Preis einer ½-Kilo-Dose Roßgulasch ist 6 Mark, einer 1-Kilo-Dose Roßgulasch 11 Mark. — Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Ausgabe von Mehl aus Auslandsweizen. In der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1920 werden in den Mehlverkaufsläden (Bäckereien, Konsumvereinen, Mehlkleinhandelsstellen) auf Nr. 575 des Warenbezugsscheins Nr. 32 600 Gramm zu 75 Prozent ausgemahlenes Weizenmehl verabfolgt. Der Preis für 100 Gramm beträgt 1,04 Mark. Die Abgabe des Mehles für Anstalten usw. erfolgt auf Grund im Kriegsbrotausschußbüro ausgestellter Bezugsscheine. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Warenbezugsmarken und Bezugsscheine bis zum 5. Januar 1921 an die Brotmarkenannahmestelle abzuliefern.

Bezugsscheine für Sacharin. Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 16. Dezember, während der Dienststunden von 8 bis 12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 22, die Bezugsscheine für Sacharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. — Es wird darauf hingewiesen, daß für jede Person eines Haushaltes drei Pakete abgegeben werden.

Küchen mit bunter Verglasung in allen Farben **Mk. 875** gegen leichte Zahlungsbedingungen auf **Teilzahlung** Große Auswahl in Schlafzimmern, Speisezimmern, Einzelne Möbel. Plüschsofas, Schränke, Vertikos, Betten, Matratzen etc. **Eichmann & Co.** Halle a. S. **Gr. Ulrichstr. 51,** Eingang Schulstraße.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519201215-16/fragment/page=0008